

Quaas, Friedrun

Working Paper

Der spezifische Liberalismus von Hayek im Spektrum des Neoliberalismus

Working Paper, No. 158

Provided in Cooperation with:

University of Leipzig, Faculty of Economics and Management Science

Suggested Citation: Quaas, Friedrun (2019) : Der spezifische Liberalismus von Hayek im Spektrum des Neoliberalismus, Working Paper, No. 158, Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Leipzig

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/193782>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Faculty of Economics and
Management Science

Working Paper, No. 158

Friedrun Quaas

**Der spezifische Liberalismus von Hayek
im Spektrum des Neoliberalismus**

Januar 2019

ISSN 1437-9384

Friedrun Quaas

Der spezifische Liberalismus von Hayek im Spektrum des Neoliberalismus

Januar 2019

Zusammenfassung

Friedrich August von Hayek hat der Nachwelt ein breites theoretisches Werk hinterlassen. Ein durchgängiger Wesenszug darin ist sein spezifischer Liberalismus, der durch einen negativen Begriff von Freiheit bestimmt ist. Damit verbunden ist Hayeks ausgeprägter methodologischer Individualismus. Doch Hayek polarisiert, und zwar nicht nur zwischen Anhängern und Gegnern, sondern auch innerhalb der Vertreter des neoliberalen Spektrums. Der Beitrag geht der Frage nach, in welchem Grade Hayek selbst die Verantwortung dafür trägt, indem Inkonsistenzen in seinem Denken aufgezeigt werden. Eine Konsequenz davon ist, dass Hayek zwar für verschiedene Varianten des Neoliberalismus als Bezugspunkt dient, aber die Heterogenität des modernen Neoliberalismus noch vertieft hat. Ob Hayek ein Ordoliberaler oder ein Marktradikaler ist, bleibt eine Frage, die bestenfalls tendenziell zu beantworten ist. Ein einheitliches Denkkollektiv im Anschluss an Hayek existiert jedenfalls nicht, ebenso wenig wie ein homogener Neoliberalismus.

Stichworte

Liberalismus, Neoliberalismus, Ordoliberalismus, Colloque Walter Lippmann, Österreichische Schule, Gouvernamentalität, Individualismus, Freiheit, staatlicher Zwang

Abstract

Friedrich August von Hayek left a broad theoretical oeuvre to posterity. His specific liberalism, which is determined by a negative concept of freedom, is a consistent characteristic of this work. This is associated with Hayek's pronounced methodological individualism. But Hayek polarizes, not only between followers and opponents, but also within the representatives of the neoliberal spectrum. This study reveals inconsistencies in his thinking by exploring the question of the degree to which Hayek himself is responsible for this split. One consequence is that although Hayek serves as a point of reference for various variants of neoliberalism, he has deepened the heterogeneity of modern neoliberalism. Whether Hayek is an Ordoliberal or a Market Radical remains a question which cannot be answered exactly. A uniform "Denkkollektiv" (collective of thinkers) following Hayek certainly does not exist, just as there is a homogeneous neoliberalism.

Keywords

Liberalism, neoliberalism, ordoliberalism, Colloque Walter Lippmann, Austrian School of Economics, governementality, individualism, freedom, state coercion

JEL-Classification

B3, B12, B24, B25, B53

Kontakt

Prof. Dr. Friedrun Quaas
Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
quaas@wifa.uni-leipzig.de

1. Hayek und das liberale Spektrum

Die Geschichte des Liberalismus ist oft erzählt worden, und doch hat sie unterschiedliche Botschaften vermittelt. Insbesondere, wenn es um die Ausformung zum Neoliberalismus geht, stellt sich die Frage nach Abgrenzung und Kontinuität. Außerdem ist weitgehend diffus geblieben, was unter Neoliberalismus verstanden werden soll. Ob es sich im Auge des Betrachters um „eine Ideologie, einen Denkstil, eine Theorie, eine wirtschaftswissenschaftliche Schule, einen Regierungsstil oder eine Gesellschaftsphilosophie“ (Nordmann 2005, 17) handelt, scheint kontextabhängig zu sein.¹ Die Vielfalt der Erscheinungsformen des Neoliberalismus prägte das 20. Jahrhundert und relativiert die These von der zeitweisen „präzedenzlosen Marginalisierung einer wirtschaftsliberalen Tradition“, wie sie jüngst erst wieder durch Reichhold (2018, 1) ins Feld geführt wurde. Der Neoliberalismus, einmal aufgetaucht, ist permanent präsent geblieben, auch wenn sich im Verlauf der Jahrzehnte immer wieder ein Gestaltwandel vollzogen hat. Die Wirkungsgeschichte des Neoliberalismus weist damit eine erhebliche Unübersichtlichkeit auf. Dass sich indes die Gewichte innerhalb des neoliberalen Spektrums spätestens seit den 80er Jahren deutlich verschoben haben und seitdem in Bewegung geblieben sind, ist ein Fakt.

Friedrich August von Hayek (1899–1992), der zweifellos als ein Verfechter der Ideen und Werte des in seinen Schriften immer wieder thematisierten klassischen Liberalismus und daher als in dessen Tradition stehend gelten darf,² dient unterschiedlichen neoliberalen Positionen der Gegenwart als Bezugspunkt und implizit ist damit die Erwartung verbunden, dass er als ein Garant für wahren Liberalismus³ dienen könne. Dem ersten Anschein nach bildet der

¹ Man kann mit Nordmann vermuten, dass der Neoliberalismus „alles in einem“ sei, was dieses Phänomens aber nicht unbedingt leichter zugänglich macht.

² Gelegentlich wird Hayek selbst als klassischer Liberaler bezeichnet, aber dies ließe sich kaum historisch, sondern bestenfalls von der partiellen Nähe seines spezifischen Neoliberalismus zu Auffassungen ausgewählter klassischer Liberaler her legitimieren. Insbesondere Vertreter der jüngsten Generation der Austrians identifizieren den klassischen Liberalismus gleich ganz mit der Österreichischen Schule – und damit auch mit sich selbst (z.B. Krebs/von Prollius 2015).

³ Es ist eher nicht so, dass „wahrer Liberalismus“ keinen Heiligenschein kennt, wie Ulf Poschardt, Chefredakteur der Zeitung „Die Welt“, im Kontext des heftigen Richtungsstreits in der Hayek-Gesellschaft behauptet (Poschardt 2015). Tatsächlich wird Hayek in den letzten Jahren trotz der im Gange befindlichen und verdienstvollen Gesamtausgabe seiner Werke von bekennenden Hayekianern weniger als Gelehrter denn als Stilikone des Neoliberalismus gesehen und als mit einer entsprechenden Aura umgeben bewundert. In den zahlreichen Hayek-Zirkeln und Hayek-Clubs scheint jedenfalls weniger eine kritische Würdigung von Hayeks Theorien als das Lob seiner Weltanschauung zu interessieren.

von Hayek präferierte Freiheitsbegriff ein für diesen Zweck einigendes Band. Tatsächlich jedoch kreuzen und verhaken sich in Hayeks Denken jenseits des klassischen Liberalismus die Freiheitskonzeptionen sehr verschiedener Schulen und Denkstile, die er im Verlauf seines Wissenschaftlerlebens persönlich durchlaufen hat oder mit denen er in enge Berührung gekommen ist. Diese bauen aber weder notwendig aufeinander auf, noch sind sie in allen Teilen miteinander kompatibel. Vor allem die folgenden Traditionen haben im Werk von Hayek – und damit indirekt und selektiv auch bei seinen Anhängern – mehr oder weniger deutliche Spuren hinterlassen:

(i) Der Liberalismus der Österreichischen Schule bis zum Beginn der 30er Jahre. Hier war es vor allem Ludwig von Mises, der durch sein berühmtes Seminar als Mentor und zugleich langjähriger Mitstreiter für die Selbstbehauptung der wirtschaftsliberal eingestellten Intellektuellen im „Roten Wien“ prägend auf Hayek wirkte, auch wenn beider Positionen später auseinanderdrifteten und darauf basierend in der Gegenwart zwei Hauptstränge der New Austrians mehr gegen- als miteinander agieren.⁴

(ii) Die liberale Fraktion an der London School of Economics (LSE) in den 30er und 40er Jahren. Lionel Robbins, der Hayek 1931 zu einem Vorlesungszyklus über Konjunkturforschung an die LSE geholt hatte, schätzte Hayek als Verbündeten im Kampf gegen den Fabianismus⁵ im eigenen Hause und den aus Cambridge um sich greifenden Keynesianismus. Als Hayek dann rasch eine Professur an der LSE erhielt, nutzte er die Zeit in London für eine Netzwerkbildung zum europäischen Festland und nach Übersee.⁶

(iii) Intensive Kontakte zu Vertretern der sich gerade generierenden Chicago School of Economics, zunächst auf einer USA-Vortragsreise im Kontext seines Buches „The Road to Serfdom“ im Jahr 1946 und dann ab 1950 durch den Wechsel auf einen Lehrstuhl an der University of Chicago. Hayek kooperierte mit Liberalen wie Aaron Director und Henry Simons (den er in seinen Erinnerungen als großartigen Freund bezeichnet) sowie mit Milton Friedman und

⁴ Zur Heterogenität der Österreichischen Schule in den und quer durch die verschiedenen Generationen der Österreichischen Schule vgl. Quaas, F. / Quaas, G. (2013) und Quaas (2013).

⁵ Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Lektüre von Mises' „Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus“ (1922) hatte Hayek, den „milden Fabianischen Sozialismus“, von dem er sich gemäß seiner Selbsterinnerung (Hayek 1978, 99f.) in jungen Jahren noch angezogen fühlte, zu dieser Zeit bereits aufgegeben (vgl. auch Zamorano Gonzales 2014, 209).

⁶ Zur Rolle der neoliberalen Netzwerkbildung vgl. Ötsch /Pühringer /Hirte (2018, insbes. S. 199ff.).

George Stigler, die Hayek ebenso wie Frank Knight⁷ in die Gründung der Mont Pèlerin Society einbezogen hat.

(iv) Der deutsche Ordoliberalismus, mit dessen Staatsaufgabenverständnis Hayek ab Ende der 20er Jahre Jahren durch Vertreter der Freiburger Schule, vor allem Walter Eucken, konfrontiert wurde und dem Hayek später, als er 1962 mit dem Ruf auf einen Lehrstuhl ein Nachfolger von Eucken und selbst „ein Freiburger“ wurde, eine sehr eigenwillige Wendung gab.

(v) Die Bekanntschaft und (komplizierte) Freundschaft mit Karl Raimund Popper, dessen Kritik am Positivismus des Wiener Kreises ihm imponierte, vor allem diejenige gegen Otto Neurath, den „gemeinsamen Feind“ (Nordmann 2005, 95)⁸. Besonders angetan war Hayek von Poppers Analyse geschlossener Gesellschaften, ähnelte sie doch seinen eigenen Arbeiten zur Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus.⁹

2. Hayek – Stilikone des Neoliberalismus

Hayek bewegte sich über seine lange Schaffensperiode hinweg nicht nur in der Situation einer Heterogenität neoliberaler Denkmuster mit Abstufungen im Verständnis der Rolle des Staates, sondern er selbst hat letztlich in nicht geringem Maße auch zu jener Radikalisierung beigetragen, die verantwortlich dafür ist, dass das Image des Neoliberalismus unter kritischen Druck geraten konnte.

Wie unterschiedlich die Einstellungen unter den liberal Gesinnten in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts waren, deutete sich schon auf dem „Colloque Walter Lippmann“

⁷ Als Ökonom hat Knight die Austrian Business Cycle Theorie (ABC-Theorie), zu deren Vertretern Hayek gehört, aus kapitaltheoretischer Sicht fundamental kritisiert (vgl. Cohen 2003). Auch Friedman stand diesbezüglich nicht auf Hayeks Seite und dehnte die Kritik noch auf dessen letzten Versuch, die ABC-Theorie zu rehabilitieren aus, nämlich auf das Werk „The Pure Theory of Capital“ aus dem Jahre 1940: „I am an enormous admirer of Hayek, but not for his economics. I think *Prices and Production* was a very flawed book. I think his capital theory book is unreadable.“ (So zitiert bei Wapshott 2011, 183.)

⁸ Hayek und Neurath waren Opponenten in der Debatte über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus und in Bezug auf Neuraths Ansatz einer enzyklopädischen Einheit der Wissenschaften (vgl. Turk 2016, 371f. sowie Neurath 1935¹). Neurath lehnte nicht nur Hayek, sondern auch Poppers „Logik der Forschung“ (1934 [1935]) samt dem darin entwickelten Falsifikationskriterium als Pseudorationalismus ab (Neurath 1935²).

⁹ Die Seelenverwandtschaft zwischen den Verfassern von „Das Elend des Historizismus“ (Popper 1944/45) sowie „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (Popper 1945) und „The Road to Serfdom“ (Hayek 1944, deutsche Fassung „Der Weg zur Knechtschaft“ 1945) wird in der Literatur immer wieder betont.

vom August 1938 an, das als Geburtsstunde des Begriffs „Neoliberalismus“¹⁰ gilt. Das mehrtägige Treffen wurde auf Initiative des Franzosen Louis Rougier organisiert, der, beeindruckt von Lippmanns gerade erschienenem Buch „The Good Society“, einen Aufruf mit dem Slogan „Zurück zum Liberalismus“ startete. Unter den deutschsprachigen Teilnehmern befanden sich neben Hayek auch Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow.

Das Zustandekommen des Treffens kann zweifellos als Ausdruck der Sorge um die schwindende Attraktivität des Liberalismus verstanden werden und strebte dessen wie auch immer geartete Erneuerung an. Aber über diese Motivation hinaus herrschte unter den Teilnehmern kaum Konsens, wie ein erneuerter Liberalismus aussehen sollte. Hayek gehörte dabei der Gruppe derjenigen an, die den zeitgenössischen Liberalismus weniger reformieren als zur Raison bringen wollten, also zu einer eher orthodoxen Sichtweise neigten. Auf den Ausdruck „libéralisme orthodoxe“, der hier besser geeignet scheint als der Begriff „klassisch“ (siehe Fußnote 2), hat der in der Tradition von Montesquieu und Tocqueville stehende politische Philosoph Rougier übrigens mehrfach zurückgegriffen, um „néo-libéral“ hinsichtlich der Beurteilung der Notwendigkeit von Staatseingriffen begrifflich besser abgrenzen zu können (vgl. Denord 2001, 13). Die Gruppe der Orthodoxen hatte entsprechend ihrer Orientierung an bestimmten klassisch-liberalen Ideen zwar großes Misstrauen gegenüber dem Staat, aber auch ihnen war klar, dass das Credo des Laissez-faire nicht einfach reanimiert werden könne. Vielmehr gehe es um einen liberalen Staat, der die Freiheit der Wirtschaft garantieren müsse.¹¹ Wenn sich in den neoliberalen Positionen unterschiedliche Grade von „Staatsphobie“ (Nordmann 2005, 21) niederschlagen, ist das eine der Ursachen dafür, dass man sich weder hier noch später in der Mont Pèlerin Society über diesen Punkt wirklich einigen konnte. Es ist daher ein Euphemismus, wenn Karen Horn das Ergebnis in einer Rezension so beschreibt:

¹⁰ Der Präzision halber wäre hinzuzufügen, dass das Präfix „neo“ in den 30er Jahren auf intellektuellem Gebiet gewissermaßen in der Luft lag. Neben der Idee des Neo-Liberalismus tauchte insbesondere in Frankreich auch die des Neo-Korporatismus, des Neo-Sozialismus (Marcel Déat, Henri de Man) und des Neo-Neomarxismus (Georges Sorel) auf (vgl. Brookes 2012, 27f.). Bernard Lavergne hatte bereits 1932 von „neo-liberalen Prinzipien“ gesprochen und diesen Ansatz in seinem Werk „Essor et décadence du capitalisme“ weiter ausgearbeitet, das am 1. Januar 1938, also vor dem Stattfinden des Colloque Walter Lippmann erschienen ist (vgl. Audier 2012). Bernhard Walpen (2005, 210) verweist darauf, dass der Zürcher Ökonom Hans Honegger den Begriff Neoliberalismus bereits 1925 verwendet und ihm ein ganzes Kapitel in seinem Buch „Volkswirtschaftliche Gedankenströmungen“ gewidmet habe.

¹¹ Auf dem Kolloquium wurde unter anderem der Themenbereich „L'état libéral“ ausführlich diskutiert.

„Der Kern dieses neoliberalen Projekts bestand darin, den Staat wieder stärker in die Pflicht zu nehmen – als Hüter einer liberalen Ordnung und als «Marktpolizei».“ (Horn 2018)

Richtig daran bleibt jedoch, dass nicht nur der ordnungspolitisch auf den Staat setzende Sozialliberalismus sich herausgefordert sah, sondern das konstatierte Versagen des „Altliberalismus“ begründete auch im Verständnis der orthodoxen Liberalen eine neue Funktion des Staates, nämlich jene, gegen alle Formen von Kollektivismus und Totalitarismus anzutreten. Wenn es überhaupt so etwas wie eine konsensuale Position auf dem Kolloquium gab, dann wahrscheinlich die, den Liberalismus als Gegenentwurf dazu wieder attraktiv zu machen. Tatsächlich war Lippmann von Rougier vor allem deshalb zur zentralen Figur des Kolloquiums herangezogen worden, weil dieser Roosevelts Wirtschaftspolitik des New Deal nach kurz zustimmender Begeisterung überaus kritisch ins Visier genommen hatte. Lippmann konnte im New Deal keinerlei liberalen Grundzug¹² mehr entdecken, sondern stellte ihn letztlich auf eine Stufe mit kollektivistischer Politik. Damit traf er den Nerv der auf dem Kolloquium Versammelten.

Von Lippmann ging allerdings noch eine weitere Anziehungskraft aus, nämlich die Faszination seiner journalistischen Analysen zur manipulativen Kraft von Ideen. Insbesondere Mises und Hayek waren beeindruckt von dem Gedanken, in welchem Ausmaß geeignete Propaganda die öffentliche Meinung¹³ zu beeinflussen vermag, hatte doch zumindest Mises bereits ebenfalls systematisch in genau dieselbe Richtung gedacht.¹⁴ Derart bestätigt, ging es beiden von nun an um eine vehement verbesserte Vermarktung liberaler Grundsätze. Ihre ideologischen Strategien gingen dabei wohl weit über Lippmanns Intentionen hinaus, der in der Folgezeit nur noch eine lockere Verbindung zum neoliberalen Zirkel um Hayek pflegte. Eine nachhaltige Wirkung auf die weitere Ausgestaltung des Neoliberalismus hat er gleichwohl

¹² Roosevelt hatte 1941 in seiner berühmten Rede über die „Four Freedoms“ (vgl. Alterman 2012) den Begriff „liberal“ so definiert, dass Staatsinterventionen im Sinne sozialpolitischer Maßnahmen in Notzeiten möglich sein müssen. Im Gegenteil meint „konservativ“ dann die Ablehnung jeglicher Interventionen. Diese Bedeutungsver-schiebung ist der Grund, warum die amerikanischen Liberalen sich als Libertäre bezeichnen, während der Begriff „liberal“ als Synonym für eine sozialpolitisch-reformerische Haltung gebraucht wird.

¹³ Lippmann Buch „The Public Opinion“ von 1922 gilt als Pionierarbeit auf dem Gebiet der Populärforschung zur öffentlichen Meinungsbildung. In deutscher Übersetzung wurde das Buch 2018 vom Westend Verlag mit einem ausführlichen Vorwort von Walter Otto Ötsch und Silja Graupe als „Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird“ neu herausgegeben.

¹⁴ In seiner Schrift „Liberalismus“ hatte Mises „die leider nur zu kurze und allzu beschränkte Dauer der Herrschaft liberaler Ideen“ (Mises 1927, 1) bedauert und eine der Ursachen in der Demagogie der „antiliberalen Agitation“ gesehen (ebd., 10f.).

hinterlassen. Nordmann (2005, 152) verweist darauf, dass Hayek von Lippmann ein Geschichtsbild übernommen habe, wonach Geschichte als reine Ideologiegeschichte aufgefasst wird. Der ruinierte Liberalismus müsse sich, so die Schlussfolgerung, im intellektuellen Kampf gegen die Kollektivisten erneuern und seine Hegemonie zurückgewinnen.

Tatsächlich hat Hayek dieses Narrativ wiederholt benutzt, um praktische Verhaltensweisen anzuregen. Zunächst greift er diesen Gedanken in „The Road to Serfdom“ (1944) auf, in dem er Faschismus und Totalitarismus als Formen des Sozialismus zu entlarven versucht. Im Jahr 1949 verfasst er den Beitrag „Die Intellektuellen und der Sozialismus“. Er unterscheidet darin zwei Gruppen von Intellektuellen: Die originalen Denker, die Ideen produzieren, und die Gruppe der Vermittler (second hand dealers of ideas), die für die Propaganda der Ideen zuständig sind. An die Adresse der ersteren geht folgender Appell zur Wiederbelebung des Liberalismus:

„Was uns heute mangelt, ist eine liberale Utopie, ein Programm, das weder eine bloße Verteidigung des Bestehenden ist, noch einfach als ein verwässerter Sozialismus erscheint, ein *liberaler Radikalismus* [kursiv im Orig.], der weder die Empfindlichkeiten der bestehenden Interessengruppen schont, noch glaubt, so ‚praktisch‘ sein zu müssen, daß er sich auf Dinge beschränkt, die heute politisch möglich erscheinen. [...] Wenn wir aber jenen Glauben an die Allmacht von Ideen wiedergewinnen können, der das vornehmste Merkmal des Liberalismus in seiner großen Periode war, muß der Kampf noch nicht verloren sein.“ (Hayek 1949, 285f.)

Bereits auf dem Kolloquium traten die in derartiger Nuancierung deutlich zum Ausdruck kommenden Unterschiede in der Einschätzung der liberal Gesinnten zu den dringendsten Tagesaufgaben unterschwellig hervor. Der dem sozial-liberalen Flügel zugehörige Alexander Rüstow erfand daher für die Vertreter der Mises-Hayek-Fraktion, die er wohl als so strikt anti-interventionistisch einschätzte, dass sie darüber auf dem sozialen Auge blind geworden seien, die pejorativ gemeinte Bezeichnung „Paläoliberaler“. Dass diese Stigmatisierung nicht von ungefähr kam, vermag man auch hinter den Differenzen vermuten, die sich zwischen den deutschen und den österreichischen Liberalen bereits Ende der 20er Jahre zu unversöhnlichen Standpunkten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zugespitzt hatten, wie die Auseinandersetzungen in der Gruppe der „deutschen Ricardianer“¹⁵ zeigen. Rüstow und Eucken verständigt-

¹⁵ Die von Rüstow eingeführte Bezeichnung ist ein wenig missverständlich, denn sie bezieht sich nicht inhaltlich auf die klassische Lehre von Ricardo, sondern eher auf dessen Neigung zur abstrakt-deduktiven Methode. Die Gruppe der Deutschen um Rüstow wollte sich damit vorzugsweise von der immer noch dominanten Historischen Schule der Nationalökonomie absetzen, der man Stoffhuberei und Vulgarismus vorwarf. (Janssen 2000, 34f.)

ten sich in dem im Nachlass von Rüstow erhaltenen Briefwechsel im März 1929 darauf, die Österreicher künftig nicht weiter in die Arbeit dieser Gruppe einzubeziehen, nachdem sie sie zuvor ohnehin nur „in zweiter Linie“ und nach abgestufter Geeignetheit eingeordnet hatten (vgl. Janssen 2009, 110ff. und Janssen 2000, 38ff.).

In einem Brief an Hayek vom 3. Januar 1947 gesteht Rüstow unumwunden, dass er auf dem Pariser Treffen eine deutliche geistige Distanz zwischen sich und ihm gespürt habe. Gegenüber Röpke war er schon in einem Brief aus dem Jahre 1942 sehr deutlich geworden, als er die „kompromissliche Schlussresolution“ mit ihrem „nur mühsam aufrechterhaltenen Schein der Einheit“ (zitiert nach Plickert 2008, 105) zum Anlass eines kräftigen Negativurteils über die österreichischen Teilnehmer genommen hat.¹⁶

Als Folge derartiger bereits in der frühen Phase feststellbaren Unstimmigkeiten stellt Denord (2001, 24f.) einen doppelten Bruch des Neoliberalismus mit der bisherigen Geschichte des Wirtschaftsliberalismus fest, einmal hinsichtlich der in den Berichten des Kolloquiums festgehaltenen Interventionsaufgaben des liberalen Staates¹⁷, zum anderen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Organisation¹⁸ zur Förderung des Neoliberalismus und der Propagierung seiner Inhalte.

Als ein Jahrzehnt nach dem Colloque Walter Lippmann die Mont Pèlerin-Society als neoliberaler Think Tank gegründet wurde, gelang es der marktradikalen Fraktion, sich unter dem Vorsitz von Hayek gegen das sozialliberale Lager durchzusetzen und die dominante Strategie vorzugeben.

Ob Hayek jedoch von nun an eher als orthodoxer Liberaler, als Marktradikaler oder als spezifischer Ordoliberaler in Erscheinung tritt, ist letztlich kontextabhängig. Nichtsdestoweniger erscheint eine jeweils klare Zuordnung aber notwendig, um der um sich greifenden My-

¹⁶ „Diesen ewig Gestrigen frißt kein Hund mehr aus der Hand und das mit Recht. Hayek und sein Meister Mises gehören in Spiritus gesetzt ins Museum als eines der letzten überlebenden Exemplare jener sonst ausgestorbenen Gattung von Liberalen, die die gegenwärtige Katastrophe heraufbeschworen haben.“ (so angeführt bei Meier-Rust 1993, 69f.).

¹⁷ Denord (2001, 26) macht darauf aufmerksam, dass im Sitzungsbericht des Kolloquiums die Existenz der beiden Gruppen mit ihren divergenten Ansichten zur Kernfrage staatlicher Intervention unmissverständlich festgehalten ist und seither auch von mehreren Kommentatoren als „Ordoliberalismus“ bzw. „radikaler Neoliberalismus“ identifiziert wird.

¹⁸ Zu diesem Zweck wurde das Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme (C.I.R.L.) gegründet. Denord zeigt dessen Aktivitäten auf und weist energisch Richard Cocketts Einschätzung zurück, dass es eine Totgeburt gewesen sei (vgl. Denord 2001, 25ff.).

thos-Bildung um Hayek nicht ratlos zu begegnen und eine Tendenz seines spezifischen Liberalismus erkennen zu können. Eine einigermaßen belastbare Beurteilung erfordert zumindest die Berücksichtigung der kryptischen Vielschichtigkeit des Hayek'schen einfachen Begriffes von Freiheit als Abwesenheit von Zwang und hat sein darauf basierendes Verständnis der Relation von Markt und Staat zu thematisieren. Hayek entwickelt seinen Freiheitsbegriff zwar aus ganz unterschiedlichen Perspektiven, aber merkwürdiger Weise schlägt letztlich immer jene negative Begriffsabgrenzung durch, die damit auch zum Schnittpunkt für unterschiedliche Hayek-Lesarten werden konnte.

3. Freiheit im Liberalismusverständnis von Hayek

3.1. Freiheit als Abwesenheit von Zwang

Hayek betrachtet Freiheit als einen Grundwert, und zwar den denkbar höchsten. Dem diametral gegenüber stellt er Zwang als Grundübel der Gesellschaft. Hayek will sich bewusst an dieser, wie er meint, gebräuchlichsten Definition der Freiheit als Unabhängigkeit von der Willkür anderer orientieren, da nach seiner Auffassung alle philosophischen Versuche, den Begriff zu verfeinern, nur Verwirrung angerichtet hätten (Hayek 1991, 15). Hayek vertritt an dieser Stelle einen sehr engen Freiheitsbegriff, eine Begriffsbestimmung *ex negativo*, innerhalb derer Freiheit nur im Singular gedacht werden kann. Mit Abwesenheit von Zwang meint er „die eine Freiheit“, die nur dem Grade, aber nicht ihrer Art nach verschieden sein kann. In diesem Verständnis ist Freiheit eine Zustandsbeschreibung¹⁹, die ein Verhältnis zwischen Menschen widerspiegelt. Hayek bestreitet nicht, dass es auch andere Bedeutungen geben mag, bei denen verschiedene Arten von Freiheit²⁰ angesprochen seien – neben der „Freiheit von etwas“ auch die „Freiheit zu etwas“ –, doch er weist zugleich ausdrücklich darauf hin, dass dies nicht der Sinn sei, in dem er von Freiheit spreche (ebd., 16). Damit blendet er hier be-

¹⁹ Gemeint ist der „Zustand, in dem ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer* unterworfen ist.“ (Hayek 1991, 14) Das *-Zeichen im Zitat bezeichnet eine Fußnote, in der Hayek eine ganze Ahnenreihe von Gelehrten für seinen Ausgangspunkt ins Feld führt, angefangen von Aristoteles, über Leibniz, Bentham, Jellinek bis hin zu Schlick, Knight und anderen.

²⁰ Hayek argumentiert historisch: „Doch wenn es auch vielerlei Gebrauch der Freiheit gibt, die Freiheit selbst ist unteilbar. ‚Freiheiten‘ treten nur auf, wo die Freiheit fehlt: Sie sind die besonderen Privilegien oder Ausnahmen, die Gruppen oder Individuen erwerben können, während die übrigen noch mehr oder minder unfrei sind.“ (Ebd., 26.)

wusst Dimensionen aus, die er an anderen Stellen jedoch benötigt, um seinen Freiheitsbegriff nicht inhaltsleer erscheinen zu lassen. Freiheit, die sich nicht handlungsmäßig konkretisiert und in den öffentlichen Raum vordringt, muss als bloße Disposition merkwürdig fade bleiben.

Gefangen in dieser aufscheinenden Widersprüchlichkeit, bezieht sich Hayeks Freiheitsbegriff auf gesellschaftliche Verhältnisse und bleibt doch individualistisch.²¹ Ausdrücklich will er sich vom Begriff der politischen oder kollektiven Freiheit abgrenzen, denn ein in diesem Sinne freies Volk sei nicht notwendig ein Volk freier Menschen, und umgekehrt brauche man nicht an kollektiver Freiheit teilzuhaben, um als Individuum frei zu sein (ebd., 18). Zugleich betont Hayek jedoch, dass historisch der Weg zur Freiheit über die Erlangung besonderer Freiheiten geführt habe (ebd., 26), und dass Freiheit ein Artefakt der Zivilisation²² und deren disziplinierender Wirkung ist.

„Wir verdanken unsere Freiheit Beschränkungen der Freiheit“ (Hayek 1981, 221.)

3.2. Freiheits- und Individualismuskonzeption

Den zivilisatorischen Prozess als Herausbildung von Regeln zu betrachten, diesen als Voraussetzung für Freiheit zu sehen, das Ergebnis dann aber nur mit Blick auf das Einzelindividuum zu verorten, ist nicht konsistent. Kann Individualismus überhaupt anders als atomistisch gedacht werden? Das ist eine Frage, die sich an dieser Stelle aufdrängt. Der amerikanische Philosoph Roderick T. Long, der dem Misesianischen Ansatz der Praxeologie nahesteht, unterscheidet in atomistischen und organischen Individualismus und zählt sowohl Mises als auch Hayek (und sogar Rothbard) zu Vertretern des organischen Individualismus, die sehr wohl sehen würden, wie die Menschen in die Gesellschaft eingebunden seien und wie die Bereiche Ökonomie, Politik und Kultur ineinander verwoben sind.²³ Und tatsächlich hat Hayek ja keinen Zweifel daran gelassen, dass er einen gewissen „organischen Individualismus“ vertritt,

²¹ Individuelle Freiheit ist für Hayek etwas anderes als subjektive, innere Freiheit. Mit letzterer meint er, dass ein Individuum in seinem Handeln von Willen, Vernunft und Überzeugungen geleitet ist und seine Entscheidungen danach ausrichtet. Subjektiv nicht frei zu sein, bedeutet also nicht den Zwang durch andere, sondern Einschränkung durch Affekte und moralische oder intellektuelle Schwächen und stellt demnach einen Mangel an Willensfreiheit dar (ebd., 20).

²² Freiheit stellt für Hayek nicht – wie beispielsweise für Hobbes – ein Phänomen des Naturzustandes dar, sondern gilt ihm als ein Produkt der Zivilisation (ebd., 65).

²³ Zugleich hält Long (2007, 262) den organischen Individualismus für radikaler als den atomistischen.

wenn er bereits in seiner im Dezember 1945 am University College Dublin gehaltenen Twelfth Finlay Lecture zwischen wahren und falschem Individualismus unterscheidet:

„Daß der echte Individualismus den Wert der Familie und alle Zusammenarbeit der kleinen Gemeinschaften und Gruppen bejaht, daß er den Wert der lokalen Selbstverwaltung und freiwillige Verbindungen anerkennt und daß seine Argumente zum großen Teil auf der Meinung beruhen, daß vieles, wofür gewöhnlich die Zwangsgewalt des Staates angerufen wird, besser durch freiwillige Zusammenarbeit gemacht werden kann, braucht nicht weiter betont zu werden. Es kann keinen größeren Gegensatz dazu geben als den falschen Individualismus, der alle diese kleineren Gruppen in Atome auflösen möchte, die keinen anderen Zusammenhalt haben als die vom Staat auferlegten Zwangsgesetze und der trachtet, alle sozialen Bindungen zu einer Vorschrift zu machen, anstatt den Staat hauptsächlich zum Schutz des einzelnen gegen Anmaßung von Zwangsgewalt durch kleinere Gruppen zu verwenden.“ (Hayek 2002, 23f.)

Man muss sich dennoch fragen, warum Hayeks Individualismus nicht wirklich bei der Gesellschaft anzukommen scheint und er die Inkonsistenzen in seinem Konzept nicht aufzulösen vermag. Hayek will gesellschaftliche Kohäsion ausschließlich jenseits eines kollektiven Gesamtwillens anerkennen, weil jener, sei er nun per Gesellschaftsvertrag, demokratischer Wahlen oder anderer Formen der kollektiven Willensbildung hergestellt, für ihn immer auf Zwang und Lenkung, mithin auf Unfreiheit basiert. Eine Gesellschaft auf dieser Basis bedeutet für ihn einen minderwertigen Systemzusammenhang, der keinerlei Synergieeffekte freisetzt. Hayek personalisiert Formen gemeinschaftlicher Willensbildung gewissermaßen zu einem Zwangsinstrument mit notwendig beschränkter Rationalität.

„Was der Individualismus uns lehrt, ist, daß die Gesellschaft nur insoweit etwas Größeres ist als der Einzelne, als sie frei ist. Sobald sie unter Gewalt oder Lenkung steht, wird sie auf die Maße der Kraft des Einzelverstandes eingeschränkt, der sie beherrscht oder lenkt. (Ebd., 31)

Hayek lässt sich hier klar von seiner Sicht auf die Begrenztheit des menschlichen Verstandes leiten und zieht daraus wie an vielen Stellen seines Werkes die Konsequenz, dass Rationalismus abzulehnen sei. Es scheint wieder ein Individualismuskonzept durch, dass trotz aller gegenteiliger Beteuerungen gesellschaftsavers daherkommt.²⁴ Er wittert beim Gebrauch des Begriffes der politischen Freiheit stets die Gleichsetzung von Freiheit und Macht, zunächst in Form einer auf Willensfreiheit beruhenden physischen Möglichkeit zu tun, „was ich will“.

²⁴ Long (2007, 262m, Fn. 5) beispielsweise distanziert sich daher mit seiner Unterscheidung in atomistische und organische Individualisten ausdrücklich von Hayeks Unterscheidung in rationalistische und antirationalistische Individualisten. Er hält dies für eine bis zu einem gewissen Grade falsche Dichotomie.

Hayek bezieht sich dabei wie auch an anderer Stelle (Hayek 1991, 46) auf den amerikanischen Philosophen und Hegel-Kenner John Dewey. In seiner Zurückweisung blendet Hayek die Innenperspektive des freien Willens ebenfalls aus. Hegels rechtsphilosophische Vorstellung, dass der Begriff der Freiheit selbstbezüglich sei, da ihr Gegenstand sie selbst ist – der freie Wille, der den freien Willen will –, diese Vorstellung muss ihm suspekt und als philosophische Konfusion erscheinen, genauso wie die Unterscheidung zwischen negativer und positiver Freiheit, mit der Hayek nichts anfangen kann, denn wenn Freiheit auch die Macht ist, bestimmte Dinge zu tun, dann ist die Forderung nach Freiheit zugleich die Forderung nach Macht – und dies lehnt Hayek ab. „Zu tun, was ich will“ begünstige Determinismus und drohe schließlich, in Form politischer Machtausübung die Freiheit zu zerstören. Dies ist eine tiefsitzende Furcht, die sich durch sein gesamtes sozialwissenschaftliches Werk zieht. In der Vorstellung, dass Freiheit Macht ist, sieht Hayek die Wurzel anti-liberaler Tendenzen, hier wurzelt seine Skepsis gegenüber dem Rationalismus²⁵ der Denker der französischen Aufklärung und der französischen Revolution und schließlich die Warnung vor „den Sozialisten in allen Parteien“, die er seiner Schrift „Der Weg zur Knechtschaft“ voranstellt und die als eine Warnung vor Totalitarismus in dem Sinne verstanden werden kann, dass die Menschen trickreich dazu bewogen würden, im Namen der Freiheit ihre Freiheit aufzugeben. Systemtheoretisch beschwört er die Gefahr des Rückfalls des Kosmos in die Taxis, der offenen in die geschlossene Gesellschaft, herauf, der eingeleitet und begleitet würde durch rationalistisches Machbarkeitsdenken. Die angeprangerte Verwechslung von dem, was er Freiheit nennt, mit Macht resultiert für Hayek in einem Desaster, das nicht nur semantischer Art ist.

„Mit Hilfe dieser Äquivokation wurde anstelle des Begriffs der individuellen Freiheit der Begriff der kollektiven Macht über die Umstände gesetzt und in den totalitären Staaten die Freiheit im Namen der Freiheit unterdrückt.“ (Ebd., 22.)

²⁵ Hayek stellt eine manifeste Verbindung zwischen Freiheit und Nichtwissen auch dadurch her, dass er sein Argument für die individuelle Freiheit unter anderem auf die Erkenntnis zurückführt, dass Menschen zum großen Teil in Unkenntnis darüber seien, wie sie ihre Ziele erreichen können. „Freiheit ist wesentlich, um Raum für das Unvorhersehbare und Unvoraussagbare zu lassen; wir wollen sie, weil wir gelernt haben, von ihr die Gelegenheit zur Verwirklichung vieler unserer Ziele zu erwarten. Weil jeder Einzelne so wenig weiß, und insbesondere, weil wir selten wissen, wer von uns etwas am besten weiß, vertrauen wir darauf, daß die unabhängigen und wettbewerblichen Bemühungen Vieler die Dinge hervorbringen, die wir wünschen werden, wenn wir sie sehen.“ (Ebd., 38) Eine „nichtrationalistische Einsicht in das Funktionieren unseres Verstandes“ sei daher auch die Basis für alle Einrichtungen der Freiheit, die unter diesem Aspekt Anpassungen an die grundlegende Tatsache des Unwissens darstellen würden (ebd., 39).

Doch Hayek überschaut die Konsequenzen der eigenen Denkweise nicht, da sein „wahrer“ Individualismus ihm hier im Wege steht. Er vermag zwar den Blick vom Individuum auf die Gesellschaft zu richten, aber die Umkehrung der Blickrichtung ist bei ihm sofort mit der Vorstellung von Zwang, Determinismus und kollektiver Zielsetzung verbunden.

„Die Argumente für die Freiheit sind daher nicht Argumente gegen Organisation, die eines der mächtigsten Mittel ist, deren sich der menschliche Verstand bedienen kann, sondern Argumente gegen jede ausschließliche, privilegierte oder monopolistische Organisation, gegen die Anwendung von Zwang, um andere zu verhindern, es besser zu versuchen. [...] Die ganze Gesellschaft zu einer einzigen Organisation zu machen, die nach einem einzelnen Plan entworfen und geleitet ist, hieße gerade die Kräfte zerstören, die die individuelle menschliche Vernunft geformt haben, von der die Organisation geplant wurde.“ (Ebd., 47.)

3.3. Freiheit des Handelns

Der gesellschaftliche Bezug, den Hayek nur dermaßen argwöhnisch herstellen kann, scheint dennoch internalisiert zu sein. So etwa, wenn er die Wirkungen des Gebrauchs von Freiheitsrechten beschreibt. Hier hat er den systemtheoretischen Zusammenhang und die ihm innewohnende Emergenz vollständig im Blick.

„Die Vorteile, die ich aus der Freiheit ziehe, sind daher weitgehend das Ergebnis des Gebrauchs durch andere und größtenteils das Ergebnis eines Gebrauchs der Freiheit, den ich selbst nie machen könnte. [...] Das Wesentliche ist nicht, was für Freiheit ich persönlich ausüben möchte, sondern was für Freiheit irgendjemand braucht, um für die Gesellschaft nützliche Dinge zu tun. Diese Freiheit können wir für die unbekannte Person nur dadurch sichern, daß wir sie allen geben.“ (Ebd., 41f.)

Insofern macht Hayek die (gegebene, sic!) Freiheit aller zur Bedingung der Freiheit des Einzelnen, geht also von einem holistischen Standort aus.²⁶

Einmal mehr zeigt sich, dass Hayeks Insistieren auf einem ausschließlich negativen Freiheitsbegriff nicht schlüssig ist, und er selbst ist es, der ihn unbewusst positiv anreichert, wenn er zwangsläufig einen handlungstheoretischen Kontext herstellt.

²⁶ Es ist bemerkenswert, dass Marx und Engels im Schlusssatz des II. Abschnitts des Manifestes der Kommunistischen Partei von 1848 (Marx/Engels 1983, 482) genau umgekehrt argumentierten, wenn sie die Freiheit eines jeden als die Bedingung für die freie Entwicklung aller bezeichnen, was eher dem Vorgehen einer utilitaristischen Wohlfahrtsfunktion entspricht, die den Nutzen (hier in Form des genossenen Freiheitsrechts) aggregiert, um zum kollektiven Nutzen der Freiheit zu kommen.

Wozu sollte dem Einzelnen Freiheit von Zwang auch dienen, wenn nicht dazu, in seinem Denken und in seinem Handeln frei zu sein? Freiheit ist auch für Hayek ein Grundprinzip des Handelns. Der Einzelne gilt ihm nur dann in seinen Handlungen frei, wenn er über die eigenen Ressourcen verfügen kann, egal wie umfangreich diese ausfallen mögen. Mit dieser Abgabe an ein komplementäres Verhältnis von Freiheit und materieller Ausstattung ist klar, dass Freiheit und soziale Gerechtigkeit von Hayek nicht in der Weise zusammengedacht werden, wie das etwa in Müller-Armacks Konzept der Sozialen Marktwirtschaft geschieht. Zugespitzt spiegelt sich diese Haltung in Hayeks brüsker Rede davon wider, dass er gar nicht wisse, was sozial²⁷ und gerecht bedeuten solle.

Hayek wendet sich allerdings auch gegen die von ihm als herabwürdigend beklagte Gleichsetzung von Freiheit des Handelns mit wirtschaftlicher Freiheit. Letztere sei, falls es überhaupt ein Handeln gäbe, das ausschließlich wirtschaftlich genannt werden könne, in ersterem enthalten. Hier deuten sich Differenzen zu Auffassungen der Chicago-School an, denn er richtet diesen Tadel gegen Aaron Director, den Verbündeten, der für Hayek einst den Kontakt zu Frank H. Knight, George J. Stigler und Milton Friedman als führenden Repräsentanten der Chicago-School, hergestellt hatte.²⁸

Eine Verwechslung von Freiheit des Handelns und Egoismus ist Hayek ein Dorn im Auge. Schließlich sei die Freiheit des Menschen, seine eigenen Ziele zu verfolgen, für den Altruisten genauso wichtig wie für den Egoisten. Hier schimmert seine Wertschätzung für die schottische Moralphilosophie durch, aber mehr noch seine Zustimmung zu Bernard Mandeville, der von jener scharf attackiert wurde.²⁹ Mandeville habe, so Hayek (1966), Denker wie David Hume und Adam Smith überhaupt erst möglich gemacht. In Würdigung hat Hayek Mandeville eine Vorlesung vor der Britischen Akademie gewidmet, auch, um ihn vor dem gängigen Zeitgeist zu rehabilitieren. Bezogen auf den Kontext der Freiheit zum Handeln heißt es daher bei Hayek:

²⁷ Die Berufung auf das „Soziale“ hat für Hayek nur den einen Sinn, dass die von der Gesellschaft entwickelten Regeln das Ergebnis eines unpersönlichen gesellschaftlichen Prozesses sind (Hayek 1991, 83).

²⁸ Director hatte dafür gesorgt, dass „The Road to Serfdom“, nachdem es in London erschienen war, auch in den USA (University of Chicago) gedruckt werden konnte, wo Hayek vergeblich nach einem Verleger gesucht hatte. Auf diese Weise konnte Hayek im Jahr 1945 die erwähnte Vortragsreise (siehe Abschnitt 1) in die USA starten.

²⁹ Gemeint ist Mandevilles „Bienenfabel“ aus dem Jahre 1714, in der, für die damalige Zeit provokant, private Laster als öffentliche Wohltaten erörtert werden.

„Eine Gesellschaft, die nicht anerkennt, daß jeder Einzelne seine eigenen Wertsetzungen hat, denen zu folgen er ein Recht hat, kann keinen Respekt vor der Würde der Person haben und kann nicht wirkliche Freiheit kennen. [...] Die Freiheit ist eine Gelegenheit, gut zu handeln, aber nur, wenn sie auch eine Gelegenheit ist, schlecht zu handeln.“ (Hayek 1991, 98.)

Um hier nicht in Kontrast zu seinen abschlägigen Überlegungen zur Willensfreiheit zu kommen, koppelt Hayek den „Bereich der persönlichen Freiheit“ an den „Bereich der persönlichen Verantwortung“ (ebd., 99), dessen Begründung er große Aufmerksamkeit widmet.

In seinen Überlegungen zur akademischen Freiheit (ebd., 476ff.) zeigt sich ebenfalls eine Inkonsistenz, die aus Hayeks persönlichen Werthaltung heraus resultiert. Obwohl akademische Freiheit nicht bedeute, dass jeder Gelehrte machen könne, was er wünsche, sollten doch jene, die die Fähigkeiten zur wissenschaftlichen Tätigkeit bewiesen hätten, ihre wissenschaftlichen Themen selbst bestimmen können, unabhängig davon, ob das ihrem Auftraggeber oder der Öffentlichkeit passe oder nicht, und sie sollten dafür auch mit der Sicherheit der Unkündbarkeit ausgestattet sein. Einem Kommunisten wäre jedoch nach Hayeks Dafürhalten zumindest das Privileg der „tenure“ zu verweigern – an einer vermuteten Geisteshaltung der Intoleranz endet Hayeks Toleranz gegenüber akademischer Freiheit.

3.4. Die Verfassung der Freiheit

So sehr Hayek sich gegen Gleichheit der Menschen im materiellen Besitz ausspricht, so umfassend wirbt er für eine Gesellschaft mit Gleichheit vor dem Gesetz. Wenn Hayek überhaupt ein Etatist genannt werden kann, wie es die radikalen Misesianer gern tun, dann bestenfalls in dem Sinne, dass dem Staat die Aufgabe zukommt, die Einhaltung dieser Gesetzesregel zu erzwingen, nicht aber andere Formen von Gleichheit. Doch wie kann unter dieser Prämisse eine „Verfassung der Freiheit“ gestaltet werden, die liberal bleibt? Hayek sieht das durchaus problematisch:

„Gleichheit vor dem Gesetz führt zu der Forderung, daß auch alle Menschen gleichermaßen an der Gesetzgebung beteiligt seien. Hier treffen der traditionelle Liberalismus und die demokratische Bewegung zusammen. Ihre Hauptanliegen sind jedoch verschieden.“ (Hayek 1991, 125.)

Hayek deutet den Liberalismus so, dass er seine grundlegende Aufgabe in der Beschränkung der Zwangsgewalt des Staates sieht, egal ob sie demokratisch sei oder nicht. Demgegenüber würde jeder (dogmatische) Demokrat nur eine Beschränkung der Staatsgewalt anerkennen, nämlich die Meinung der Mehrheit. Das Gegenteil eines liberalen Systems sei somit ein totali-

täres, das Gegenteil einer demokratischen Regierung eine autoritäre. Das sei jedoch nicht dasselbe, denn eine Demokratie könne durchaus totalitäre Gewalt ausüben, während eine autoritäre Regierung auch nach liberalen Prinzipien handeln könne.³⁰ Hayek will deutlich machen, dass Demokratie kein Ziel an sich ist, während Freiheit ein letztes und somit zwangsläufiges Ziel darstelle.³¹ Seine Skepsis gegenüber der Demokratie korrespondiert mit der Bedeutung, die er der spontanen, nichtintendierten Herausbildung von Regeln für den zivilisatorischen Fortschritt und damit die Gesellschaftsbildung beimisst:

„Aus einer Gruppe von Menschen wird normalerweise nicht dadurch eine Gesellschaft, daß sie sich Gesetze geben, sondern dadurch, daß sie die gleichen Verhaltensregeln befolgen. Das bedeutet, daß die Gewalt der Mehrheit durch jene gemeinsamen Grundsätze beschränkt ist und daß es darüber hinaus keine legitime Gewalt gibt. Es ist gewiß notwendig, daß die Menschen sich darüber einigen, wie notwendige Aufgaben durchzuführen sind, und es ist vernünftig, diese Entscheidung der Mehrheit zu überlassen; aber es ist keinesfalls offensichtlich, daß diese Mehrheit auch das Recht haben muß, ihre eigenen Kompetenzen zu bestimmen. [...] Die Anerkennung der Rechte von Minderheiten setzt voraus, daß sich die Gewalt der Mehrheit in letzter Linie von Grundsätzen ableitet, die auch die Minderheiten anerkennen, und daß sie durch diese Grundsätze beschränkt ist.“ (Ebd., 130.)

Das ist nun keinesfalls so weitgehend wie beispielsweise Rosa Luxemburgs Monitum, dass Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden³² sei, aber Hayek hat es letztlich in tiefgreifende Probleme in Bezug auf sein Demokratieverständnis gestürzt. Einerseits müht er sich, Rechtfertigungsgründe für Demokratie zu finden, von denen er drei für sich hinreichende anführt: (i) Demokratie ist die einzige Methode der friedlichen Änderung, die die Menschen bisher erfunden haben. (ii) Demokratie ist ein wichtiger Bürge für Freiheit. (iii) Demokratie ist ein Prozess der Meinungsbildung und Erziehung (ebd., 131ff.). Andererseits reflek-

³⁰ In der Anerkennung dieser Verschränkung liegt wohl die Wurzel für Hayeks oft kritisierte Sympathie für den chilenischen Diktator Pinochet, dessen marktwirtschaftlich-liberale Haltung Hayek offenbar so fasziniert hat, dass er dessen nach dem Militärputsch von 1973 praktizierte menschen- und demokratieverachtende Politik des Terrors und der Folter gegenüber dem chilenischen Volk übersehen konnte, auch wenn er sich bei Ortega y Gasset eine prominente Unterstützung des aufgeführten Unterschieds zwischen dem liberalen und dem demokratischen Ideal holt: Für den Demokraten sei automatisch gut, was die Mehrheit wolle, für den Liberalen dagegen sei das geltende Gesetz nicht automatisch ein gutes Gesetz.

³¹ Hülsbömer (1998) macht deutlich, dass die „Zwangsläufigkeit der Freiheit“ eine *contradictio in adjecto* bedeutet, indem sie Freiheit an Zwang kettet, und damit zumindest den Hayek'schen negativen Freiheitsbegriff problematisch macht.

³² Dieses berühmt gewordene Zitat ist aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg (1922, 109) überliefert. Sie wollte damit nicht den „Fanatismus der Gerechtigkeit“ bedienen, sondern vor den Folgen davor warnen, wenn Freiheit zum Privileg von Regierungsanhängern oder Parteigängern wird.

tiert er sehr genau, dass per demokratischer Wahlen nicht notwendig die Besten und Weisesten für die Regierungsmacht ausgewählt werden. Während er 1960, als das hier zitierte Werk als „The Constitution of Liberty“ zeitgleich in den USA und England erscheint, noch der Meinung ist, dass Demokratie dennoch der Vorzug zu geben sei, verschärft sich seine Position in den folgenden Jahren in Richtung harscher Demokratiekritik. Ein erster Schritt in diese Richtung wird aber bereits hier getan; Hayek betont die Verpflichtung des Sozialphilosophen, Werte zu verteidigen, die ihm wichtig erscheinen.³³ Er würde der Demokratie oft am besten dienen, wenn er dem Willen der Mehrheit entgegenrät (ebd., 140).

Insbesondere die wirtschaftspolitische Willkür moderner Demokratien wird von Hayek kritisiert. Die „prinzipienlose Steuerprogression“, die Kritik an dem „Schwamm-begriff des Sozialen“ (Hennecke 2000, 293) sowie der Vorwurf gegenüber dem modernen Verfassungsstaat, unzureichend zwischen Recht und Gesetz zu unterscheiden, werden zu Dauerthemen der 60er und 70er Jahre. Im Aufsatz „Recht, Gesetz und Wirtschaftsfreiheit“, dem ein Vortrag vom April 1963 zugrunde liegt, holt er historisch weit aus, um zu zeigen, dass Recht im Sinn des kontinentalen Liberalismus lediglich aus allgemeinen abstrakten Regeln besteht und nie konkrete Befehle enthält. Dieser Rechtsbegriff sei jedoch durch einen Gesetzesbegriff ersetzt worden, der auch das einschließt, was eine gesetzgebende Körperschaft jenseits von Allgemeinverbindlichkeit als Gesetz beschließen kann und damit dem einen erlaubt, was es dem anderen verbietet. Das ist der Punkt, an dem Hayek die Freiheit bedroht³⁴ sieht:

„In Form solcher Gesetze läßt sich jeder Befehl kleiden. Und wenn das Gesetz einmal, als es vor allem eine allgemeine Regel der Gerechtigkeit aussprach, als der beste Schutz der Freiheit angesehen werden konnte, ist das Gesetz im modernen Sinne eines der wirksamsten Mittel zur Vernichtung der Freiheit geworden.“ (Hayek 1963, 51.)

Was er damit meint, ist, dass die Legislative sowohl allgemeine Regeln erlassen als auch konkrete Maßnahmen treffen könne und dadurch in ihren Maßnahmen nicht zwangsläufig durch Regeln beschränkt sei. Als Lösung stellt Hayek (ebd., 54f.) hier erstmals seine Idee eines Zwei-Kammern-Systems zur Abgrenzung der Funktionen vor. Für die „laufenden Regierungsgeschäfte“ – Hayek nennt die dafür zuständige Körperschaft die Regierungsversamm-

³³ Für Hayek ist Neoliberalismus – anders als für Foucault (vgl. Abschnitt 5) – sehr wohl eine wertebasierte Weltanschauung. Das hatte er bereits in „Die Intellektuellen und der Sozialismus“ deutlich gemacht.

³⁴ Der zitierte Vortrag war ebenfalls in der FAZ vom 1./2. Mai 1963 erschienen, und zwar unter dem Titel: „Recht schützt die Freiheit, Gesetz tötet sie“.

lung – könne das Modell des modernen Parlamentarismus beibehalten werden, während für die Wahl der rechtsetzenden Körperschaft, die eine stabile, langfristig arbeitende Institution sei, subtilere Regeln gelten sollen.³⁵ Hayek macht an einem Beispiel deutlich, wie er sich die Arbeitsweise vorstellt. Die Regierungsversammlung ist für die Art und Höhe der Staatsausgaben verantwortlich und kann sie bestimmen. Die Höhe des Steuerbetrags, der dazu jedem einzelnen Bürger per legitimen Zwang abgenommen wird, wäre dagegen eine Aufgabe der Rechtssetzung, die also den Steuersatz allgemeinverbindlich bestimmt. Hayek bemerkt dazu:

„Ich kann mir kaum eine heilsamere Regelung vorstellen, als daß die, die über die Gesamtsumme der Staatsausgaben zu entscheiden haben, wissen, daß jede zusätzliche Ausgabe zu einem von ihnen nicht abänderbaren Satz von ihnen und ihren Mandataren getragen werden muß.“ (ebd., 55)

Während das Konzept dieses alternativen Verfassungsmodells von Popper als die größte politische Leistung in Hayeks Karriere gelobt wird, gibt es innerhalb der Mont Pèlerin Society auch kritische Stimmen, beispielsweise die des italienischen Rechtsphilosophen Bruno Leoni, dessen „Freedom and the Law“ im gleichen Jahr erscheint und der im Briefwechsel mit Hayek die Befürchtung äußert, dass sein Vorschlag tyrannische Herrschaftszüge begünstigen würde. Jedenfalls kann man die Einschätzung des Hayek-Biographen Hans Jörg Hennecke teilen, dass Hayek sich mit dem auf seinem Freiheitskonzept beruhenden Verfassungsmodell „fortan für praktische und theoretische Einwände anfällig macht“ (Hennecke 2000, 294f.).

Hayek indes nimmt diese Thematik in den Arbeiten der folgenden Jahre immer wieder auf, und zwar unter Nutzung der gleichbleibenden argumentativen Kette: (i) Freiheit ist Abwesenheit von Zwang. (ii) Es gibt Situationen, in denen Zwang (also Eingriff in die Freiheitsrechte) erlaubt ist, um eine funktionierende Gesellschaft zu erhalten. (iii) Das Monopol des legitimen Zwangs kommt dem Staat per Rechtssetzung allgemein verbindlicher Regeln zu. (iv) Körperschaften mit Regierungsgewalt sind ungeeignet zum Erlass von Rechtsregeln, weshalb die Aufgaben der Rechtssetzung und der Führung von Regierungsgeschäften getrennt werden müssen (Einrichtung eines Zweikammersystems als Vollendung der Gewaltenteilung).

Die generelle Skepsis gegenüber der Legitimität der unbeschränkten Herrschaft der Mehrheit ist ein Ausfluss dieser Argumentationskette und spiegelt sich bei Hayek auch semantisch

³⁵ Hayek (ebd., 54) schlägt eine Kammer vor, bei der jedes Jahr aus dem Kreis der Vierzigjährigen Vertreter für 15 Jahre entsandt werden, die dann nicht wiederwählbar sind, wodurch eine kontinuierliche Substitution der Mitglieder gewährleistet wäre.

wider. Der Begriff der Demokratie sei so sehr von der Vorstellung ihrer Unbeschränktheit getragen, dass ein Synonym herbei muss, um eine beschränkte Herrschaft der Volksmehrheit zu bezeichnen. Hayek mischt dabei die griechischen Begriffe „demos“ und „archein“ miteinander. Das Kunstwort Demarchie ist somit eine Erfindung zur Bezeichnung beschränkter Demokratie im obigen Sinne. Mit Bezug auf John Lockes Text „Über die Regierung“ fasst Hayek zusammen:

„Wir wünschen die Meinung der Mehrheit als letzte Autorität, aber wir wollen nicht dulden, daß die nackte Gewalt der Mehrheit den einzelnen Regel-los Gewalt antut. Die Mehrheit sollte dann *herrschen* (archein) nach ‚festen, *stehenden Gesetzen*, die dem Volk bekannt gemacht wurden – und nicht durch Maßnahmeverordnungen‘ [Locke, F.Q.].“ (Hayek 1968, 231 kursiv im Orig.)

Auch in der Trilogie „Recht, Gesetz und Freiheit“, deren Bände 1973, 1976 und 1979 erscheinen, bewegt sich Hayek innerhalb dieser Thematik, und zwar mit zunehmender Härte und Kantigkeit. Popper, der den ersten Band noch als „das großartigste Buch der politischen Philosophie“ bezeichnet hatte, dass er je gelesen habe, dessen liberale Utopie neue Hoffnung entfachte, zeigte sich eher konsterniert gegenüber dem 2. Band, in dem Hayek die „Illusion der sozialen Gerechtigkeit“ entfaltet. In einem Brief vom 28.4.1977 schreibt Popper an Hayek:

„In der Tat verstehe ich Dein Gefühl, daß ‚soziale Gerechtigkeit‘ ein sinnloses Pseudo-Konzept ist. Aber ich denke, daß diesem Gefühl widerstanden werden sollte: Die Leute, die von ‚sozialer Gerechtigkeit‘ sprechen, können wünschen, einfach die Forderung nach einer equalitären Gesellschaft zu unterstützen; und solch eine Gesellschaft *kann* existieren [...], auch wenn sie uns nur durch einen Verlust an Freiheit auferlegt wird. Sie ‚gerecht‘ zu nennen, ist nicht sinnlos; noch ist es die Forderung, daß unsere Gesellschaft sich näher an eine equalitäre Gesellschaft annähern sollte (welches, zum Beispiel, die implizite Forderung bei Rawls ist)“.
(Übersetzt und so zitiert in Hennecke 2000, 302.)

Im dritten Band entwickelt Hayek die Idee der Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen weiter, aber seine tiefe Enttäuschung über die moderne Demokratie prägt den sarkastischen Ton. Sein demokratisches Ideal sieht er in der „Schacher-Demokratie“ verraten, die unbeschränkte Demokratie in Willkür gefangen. In einem großen Bogen fließen seine Auffassungen zu Recht, Gesetz und Freiheit noch einmal zusammen, wenn er in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit die drei großen Negative sieht, für die die Regierung sorgen müsse, indem sie den Einzelnen schütze, indem sie die Autorität habe, Nein zu anderen zu sagen, aber selbst keine positiven Gewalten besitze (Hayek 1979, 180). Der ausschließlich negative Freiheitsbegriff Hayeks hat seine Wirkung nicht verfehlt, sondern breit entfaltet.

Vor dem Hintergrund des Hayek'schen Freiheitsverständnisses stellt sich die in der Literatur so unterschiedlich beantwortete Frage, ob Hayek ein Ordoliberaler gewesen sei, noch einmal aus einer speziellen Perspektive, denn sie berührt die eben erörterten Überlegungen Hayeks davon, was der Bürger vom demokratischen Staat erwarten darf – und was ihm zugemutet werden muss.

4. Hayek – ein Ordoliberaler?

4.1. Hayek und die Freiburger Schule

Dass Hayek ab 1962 in Freiburg wirkte und es biographische Schnittstellen zu Eucken gab, macht ihn nicht schon automatisch zum geistigen Anhänger der Freiburger Schule. Aber wie ist die Beziehung einzuschätzen?

Goldschmidt und Hesse (2012, 2) heben hervor, dass Vertreter der Österreichischen Schule und Ordoliberale nicht erst auf dem Colloque Walter Lippman zusammengetroffen seien wie oft fälschlich behauptet würde, sondern bereits auf der 1928er Tagung des Vereins für Socialpolitik.³⁶ Diese Züricher Tagung stand unter dem Thema Geld- und Konjunkturpolitik. Hayek, der zu dieser Zeit Leiter des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung war, das er gemeinsam mit von Mises betrieb, war aufgefordert worden, eines der Grundreferate zu halten und einen mündlichen Bericht über Konjunkturtheorie zu geben.³⁷ Hayek war auf Eucken über Wilhelm Röpke, den er als „einen der wenigen jüngeren Ökonomen im Reich, die sich ernstlich für theoretische Fragen interessierten“, schätzte, aufmerksam geworden (Hennecke 2000, 80). Ein brieflicher Kontakt zwischen Hayek und Eucken kann erstmals für 1939 nachgewiesen werden, wobei vermutet wird, dass dies nicht der erste gewesen sei. Hennecke (ebd., 127) schreibt, dass Hayek während der 30er Jahre, in denen er in London lehrte, nach Deutschland vor allem zu Eucken Kontakt gehabt habe, bevor der Kriegsausbruch die

³⁶ Das korrespondiert zu den weiter oben im Abschnitt 2 gemachten, auf die Forschung von Hauke Jansen zurückgehenden Anmerkungen zu den Treffen der deutschen Ricardianer.

³⁷ Beide Vorträge hat Hayek auf der Grundlage einer theoretischen Abhandlung zur Vertiefung der Geld- und Konjunkturtheorie von Mises aufgebaut, mit der er sich 1929 bei Friedrich von Wieser habilitieren konnte. Mises hat schon auf der Züricher Tagung behauptet, die Österreichische Konjunkturtheorie sei die Konjunkturtheorie schlechthin und sich in seiner späteren Erinnerung an die Tagung abfällig gegenüber dem vermeintlichen ökonomischen Unverständnis der deutschen Teilnehmer geäußert. Von diesem abwertenden Urteil nimmt er allerdings unter anderem Wilhelm Röpke und Walter Eucken aus.

„Organisation des internationalen Liberalismus“ (ebd., 151) zusammenbrechen ließ. Es scheint aber nicht so zu sein, dass Eucken übermäßig von Hayeks liberalen Ideen beeindruckt war. Noch in der dritten, erneut durchgearbeiteten Auflage von „Die Grundlagen der Nationalökonomie“ (1943) erwähnt er Hayek zwar an vier Stellen in den Anmerkungen, aber dies sind Bezüge zu dessen Preis- und Konjunkturtheorie bzw. zu seiner Herausgeberschaft zweier Werke.

Hayek dagegen, der ein Exemplar der Erstausgabe von Euckens Werk durch Röpke geschickt bekommen hatte³⁸, ist noch in seinen „Erinnerungen“ von 1983 voller Bewunderung:

„Es zeigte mir damals, welch bedeutende Figur Eucken tatsächlich war, und wie sehr Eucken und sein Kreis die große freiheitliche Tradition Deutschlands verkörperten.“ (So zitiert in Hennecke 2000, 152.)

Nachdem Hayek das Buch nochmals einschließlich der Rezensionen von Röpke und Rüstow gelesen hatte, ist er aber offensichtlich nicht mehr so euphorisch gewesen. Er wendet ein, dass Eucken sich methodologisch nicht ausreichend vom „gefährlichen Begriffsrealismus“ des Kollektivdenkens distanzieren (vgl. ebd., 154). Offensichtlich geht Hayek Euckens Individualismus nicht weit genug.

Eine nächste Etappe, die bei aller freundschaftlichen Übereinkunft zwischen Eucken und Hayek auch die Differenzen in ihren Positionen deutlich macht, lässt sich am Erscheinen von Hayeks „Der Weg zur Knechtschaft“ aufzeigen. Eucken liest das Buch weitgehend zustimmend, fordert Hayek in einem ausführlichen Brief vom März 1946 jedoch auf, den Unterschied zwischen Wettbewerbsordnung und Laissez-faire stärker zu betonen:

„Heute, nachdem durch eine jahrzehntelange verfahrenere Wirtschaftspolitik der Konzentrationsprozeß schon so weit fortgeschritten ist wie in den meisten Industrieländern, würde ein *Laissez-faire* zu unerträglicher Vermachtung, monopolistischen, teilmonopolistischen oder oligopolistischen Marktformen, zu gleichgewichtslosen Märkten und zu sozialen Kämpfen führen. [...] Es ist eben in der Tat ein dritter, neuer Weg der richtige.“ (So zitiert in Hennecke 2000, 185f.)

³⁸ Nachdem er das Buch gelesen hatte, schreibt Hayek an Röpke: „Es ist ein sehr exzellentes Stück Arbeit, das meine ernste Bewunderung für unseren Freund noch mehr gesteigert hat. Sich in diesem Umfeld diese Unabhängigkeit bewahrt zu haben!“ (So zitiert in Hennecke 2000, 152.)

Trotz der hier aufscheinenden Differenzen ordnungspolitischer Natur erfuhr Eucken, der das erste deutsche Mitglied in der Mont Pèlerin Society war, von Hayek bis zu seinem frühen Tod 1950 offenbar eine höhere Wertschätzung als die Vertreter des sozialliberalen Flügels. In seinen „Persönlichen Erinnerungen“ beschreibt er, wie er die durch Eucken entstehende Lücke einschätzte:

„Aber der Ordo-Kreis wurde nicht zu einer großen Bewegung. Es mangelte ihm der inspirierende Leiter, der Eucken gewesen wäre.“ (So zitiert in Hennecke 2000, 269.)

Offenbar wollte auch Eucken im Hinblick auf seine Kooperation mit Hayek eine gewisse Distanz zu Teilen des sozialliberalen Flügels wahren. So hat er Hayek sogar vor einer Mitgliedschaft von Müller-Armack, dem Begründer des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in der Mont Pèlerin Society gewarnt (vgl. Hennecke 2000, 220 und Goldschmidt/Hesse 2012, 2f.).

Hayek jedoch selbst als einen Ordoliberalen Freiburger Prägung bezeichnen zu wollen, bleibt mit Blick auf sein Gesamtwerk gewagt. Daran ändert auch seine formale Berufung auf den einstigen Lehrstuhl Euckens an der Universität Freiburg nichts. Zwar betont er bei seiner Antrittsvorlesung im Juni 1962, die Überlieferung Euckens und seines Kreises aufnehmen und fortführen zu wollen (Hayek 1962, 2), aber dabei bleibt es dann auch. Gerade die in den 60er Jahren entstandenen „Freiburger Studien“ sind ein beredtes Beispiel dafür, dass seine ordnungspolitischen Vorstellungen in eine ganz andere Richtung gehen. Dies zeigt sich zum einen in seiner von Eucken abweichenden Position zur Wettbewerbspolitik, die er in ihrer negativen Form befürwortet, nämlich als Bekämpfung der Behinderung von Wettbewerb. Wettbewerbsfreiheit, Offenhalten der Märkte, Vermeidung staatlicher Begünstigung von Monopolen sind die Forderungen, aber im Unternehmermonopol selbst sieht Hayek kein Problem, da es ja das Ergebnis besserer Leistung darstellen könne. Maßnahmen, wie sie Eucken und seine Mitstreiter als regulierende Prinzipien der Ordnungspolitik gefordert haben, also z.B. Kartellverbote, Zerschlagung von Monopolen, Preisregulierung bei natürlichen Monopolen und ähnliches, müssen in Hayeks Verständnis am Wissensdefizit der staatlichen Behörden scheitern und den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ letztlich behindern (vgl. Klausinger 2012, 115f.).

Zum anderen ist es Hayeks im höheren Lebensalter zunehmend rigide werdende Staatskepsis, die einen Unterschied zum Staatsverständnis der Ordoliberalen darstellt.

4.2. Hayek und der Ordoliberalismus im weiteren Sinne

Ob Hayek zum Ordoliberalismus gerechnet werden darf, muss auch dann noch strittig bleiben, wenn man diesen nicht auf den Kern der Freiburger Schule verengt, sondern beispielsweise wie Stefan Kolev (2010, 4) auf Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow ausdehnt.

Kolev (ebd. 7f.) ist um eine ausgewogene Argumentation bemüht, wenn er einerseits betont, dass Hayek seit Ende der 20er Jahre sowohl mit Eucken als auch mit Röpke bekannt war und mit beiden freundschaftlich kommunizierte, andererseits verschweigt er die Differenzen, insbesondere zu Röpke, nicht (ebd., 8). Allerdings wird durch Kolev die Hunold-Affaire, in deren Verlauf sich Hayek und Röpke so entzweiten, dass Röpke und auch Rüstow die Mont-Pèlerin Society verließen, heruntergespielt. Mit Bezug auf ein Gespräch mit Hans Willgerodt, einen Neffen von Röpke, wird insinuiert, dass der Exodus der Vertreter des soziologischen Neoliberalismus einer persönlichen Querele zwischen Individualisten geschuldet sei (ebd., 15). Der strategische Zweck für eine solche Stellungnahme erschließt sich schnell. Kolev (ebd., 11ff.) will für die Mitte der 30er Jahre einen an Eucken angelehnten Ordoliberalismus Hayeks erkennen, festgemacht am zentralen Begriff des Ordnungsrahmens, dem Markenzeichen des Ordoliberalismus. Hayeks Schrift „Der Weg zur Knechtschaft“ wird als unmissverständlich mit einem ordoliberalen Kern versehen eingeschätzt, der Euckens Idee der Interdependenz der Ordnungen aufgreife (ebd., 14) und sich hinsichtlich der Rolle des Staates für den Ordoliberalismus und gegen den Alt-Liberalismus von Ludwig von Mises gewandt habe, womit Hayek als ein Denker des Ordoliberalismus vom Freiburger Typ gelten müsse.

Paradoxerweise ist es aber, wie weiter oben dargestellt, gerade das staatliche Konzept eines wettbewerbsförderlichen Ordnungsrahmens, das Hayek später, nämlich spätestens seit den 60er Jahren, überaus kritisch betrachtet. Um bei den verwandtschaftlich beigebrachten Autorisierungen zu bleiben: Walter Oswalt, ein Enkel von Eucken, lehnt eine unterstellte Nähe Hayeks zu Eucken jenseits ihrer beiderseitigen Ablehnung der Zentralverwaltungswirtschaft daher, anders als in Kolevs Nachforschungen dargestellt, definitiv ab:

„Aber für Hayek ist – im unüberbrückbaren Gegensatz zu Eucken – die Machtkonzentration in der ‚freien‘ Wirtschaft durch die Evolution der Märkte als ‚spontane Ordnung‘ legitimiert. [...] Da Hayek an eine naturgesetzliche Entwicklung des Marktes glaubt, ist für ihn die Ordnungspolitik Euckens ähnlich sinnlos wie für jemanden, der am marxistischen Geschichtsgesetz festhält.“ (Oswalt 1991)

Kolev dagegen markiert eine Trennung der Schaffensphasen in Hayek II und Hayek III, die aber eher glättenden Charakter trägt. Hayek sei zwar auch in seiner dritten Schaffensperiode

noch mit dem Ordoliberalismus verbunden geblieben, aber nicht mehr so sehr als ein Freiburger, sondern als ein „extremer oder evolutionärer Ordoliberaler“.

Inwieweit dies dem Selbstverständnis des Walter-Eucken-Instituts sowie dem von Hayeks Freiburger Lehrstuhlnachfolgern nahekommt, wäre im Detail zu prüfen, zumindest rechnen auch sie Hayek der ordoliberalen Tradition zu, indem eine Traditionslinie von Eucken zu Hayek konstruiert wird.

Wenn es jedoch überhaupt irgendeinen Sinn haben soll, Hayek in die Nähe des Ordoliberalismus zu rücken, muss man auf Hayek als „Ordnungsökonom“ zurückgreifen. In der Literatur wird dazu die Position vertreten, dass Hayek und Eucken unabhängig voneinander und nebeneinander zwei verschiedene ordnungsökonomische Konzepte entwickelt haben. Der Begriff der Ordnungsökonomik stammt von Erich Hoppmann (1995), der in seinem im ORDO-Jahrbuch erschienenen Aufsatz ein als ordnungsökonomisch bezeichnetes Programm von Eucken thematisiert.

Die Idee, Hayeks Ansatz als einen zum originären Freiburger alternativen ordnungsökonomischen Ansatz zu interpretieren, wurde inzwischen durch Autoren wie Viktor Vanberg, Christian Watrin, Manfred S. Streit und Michael Wohlgemuth, Nils Goldschmidt, Joachim Zweynert, Christoph Sprich, Ingo Pies (vgl. Kolev 2008) und andere aufgeworfen. Neben dem Anliegen, Gemeinsamkeiten der beiden Konzeptionen zu finden, zielen solche Vergleiche vor allem auch darauf ab, die Unterschiede zwischen ihnen herauszuarbeiten. Damit ist aber bereits ein spezifischer Strang der Wirkungsgeschichte der Auffassungen von Hayek angesprochen. Zuvor soll noch einmal der Gedanke aufgenommen werden, dass eine in der Literatur verbreitete Gleichsetzung von Ordoliberalismus und Neoliberalismus zu Fehlurteilen führt, die weder der Eucken-Schule noch Hayek gerecht werden. Um dies nachvollziehen zu können, führt der gedankliche Weg noch einmal zurück zu den im klassischen Liberalismus liegenden Wurzeln des Neoliberalismus, die in ungeordneter Weise weitergetrieben sind. Dazu soll die Vermutung einer rhizomartigen Struktur des Neoliberalismus vorgebracht werden. Greift man diese auf, kann man sie wie folgt veranschaulichen:

„Ein Rhizom kann an jeder beliebigen Stelle gebrochen und zerstört werden, es wuchert entlang seiner eigenen oder anderen Linien weiter.“ (Deleuze/Guattari 1977, 16.)

Danach kann der Ordoliberalismus als eine Erscheinungsform des Neoliberalismus verstanden werden, die mit anderen Formen netzartig verbunden sein mag, ohne dass es einen gemeinsamen „Stamm“ geben muss. Von einer baumartigen Struktur auszugehen, würde vielmehr dazu

verführen, von hierarchischen Strukturen auszugehen, oder – wo man das vermeiden will – Identitäten zu behaupten, wo keine sind. Die vermeintliche Identität von Ordo- und Neoliberalismus gehört zu jenen Verführungen, denen oft nachgegeben wird, selbst dann, wenn eine theoriehistorische Perspektive zugrunde liegt.

5. Klassischer Liberalismus, Gouvernamentalität und die fahrlässige Gleichsetzung von Ordo- und Neoliberalismus

Der französische Philosoph Michel Foucault behauptete im Rahmen seiner in den 70er Jahren am Pariser Collège de France gehaltenen Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernamentalität³⁹, dass der Liberalismus des 18. Jahrhunderts weder eine Ideologie noch ein Ideal, sondern eine komplexe Form des Regierens sei, die sich nicht in einem einfachen Ruf nach Rückzug des Staates erschöpfen könne. Um seine These zu belegen, entwickelte er den Begriff der Gouvernamentalität⁴⁰, mit dem er zunächst historisch, dann jedoch streng inhaltlich unterschiedliche Formen der Regierungskunst analysierte. So sei die im 16. und 17. Jahrhundert praktizierte Staatsräson während des klassischen Liberalismus im 18. Jahrhundert durch ein neues Gouvernentalitätsmuster ersetzt worden, in dem die sich zur Wissenschaft emanzipierende Politische Ökonomie einen zentralen Platz als Denk- und Wissensform des Liberalismus erlangt haben könne. Verbunden mit der das Politische flankierenden und durchdringenden ökonomischen Ratio habe zudem eine Synchronität von Totalisierung und Individualisierung eingesetzt.

Damit nimmt Foucault einen gegenüber der traditionellen Sichtweise veränderten Blick auf den historisch überlieferten Liberalismus und zugleich auch den Neoliberalismus ein. Wenn Totalisierung auf Staatsherrschaft abhebt, während Individualisierung dem klassisch-liberalen Credo entspricht, beide Formen aber zeitgleich als Phänomene gouvernementaler Praxis gesehen werden, darf schon der Liberalismus des 18./19. Jahrhunderts und noch viel weniger seine

³⁹ Es handelt sich um die beiden Vorlesungszyklen „Sécurité, territoire et population“ (1977/78) und „Naissance de la biopolitique“ (1987/79), die zwanzig Jahre nach seinem Tod posthum und gegen seinen testamentarisch verfügten Willen veröffentlicht wurden.

⁴⁰ „Ich verstehe unter ‚Gouvernentalität‘ die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2006, S. 162).

Revitalisierung als Neoliberalismus ab der frühen Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mit simplen Vorstellungen der Forderung nach Nichtintervention des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft identifiziert werden.

Der klassische Liberalismus wird dessen ungeachtet in ideengeschichtlichen Abhandlungen gern auf eine vermeintlich strikte Adoption des Laissez-faire-Prinzips reduziert, um die Abgrenzung des Ordoliberalismus stärker hervortreten zu lassen (z. B. Zieschang 2003, 10). Abgesehen davon, dass auch der Ordoliberalismus keine in sich homogene Haltung zeigt, wird der klassische Liberalismus damit ungenau eingeschätzt. Zwar bildete sich der Physiokratismus, dem dieses Schlagwort (nicht ganz gerechtfertigt⁴¹) originär zugesprochen wird, als vom liberalen Geist getragene Antwort auf den staatsinterventionistischen Colbertismus heraus, doch er lässt sich zulässig kaum in einem liberalistisch überzogenen Sinne interpretieren.⁴² Für die etwa zeitgleich von Adam Smith entwickelte liberale Wirtschaftslehre lässt sich erst recht nicht mit guten Gründen behaupten, dass sie den Ansatz des Laissez-faire bediene. Die fast schon gebetsmühlenartig bemühte und dabei reichlich missverstandene Metapher der Smith'schen „Invisible Hand“ gibt das jedenfalls nicht her. Die langjährige Forschung zum sogenannten Adam-Smith-Problem hat längst gezeigt, dass dieser Metapher durch Smith kaum der Stellenwert beigemessen wurde, der eine „politiklose Politik“ (Sturn 1997) rechtfertigen würde. Vielmehr hat sie bei Smith die Rolle eines kryptischen, irgendwie in der Vorsehung zu suchenden individuellen Verhaltensregulativs. Überstrapaziert, leidet die Invisible Hand an Arthrose (Luhmann 1988, 99f.) und taugt nicht zur schlüssigen Erklärung. Emma Rothschild (1994) versucht zu zeigen, dass Smith die Metapher lediglich in ironischer Form bemüht habe, und zwar in allen drei Schriften, in denen er den Ausdruck jeweils einmal benutzte. Auch für Gavin Kennedy (2009) ist klar, dass Smith die Metapher nicht zur Rechtfertigung unregelter Märkte verstanden wissen wollte und räumt mit diesem Mythos gründlich auf. Streissler (1999) dagegen geht als Herausgeber des Smith'schen Werkes in der letzten deutschen Übersetzung zwar auch nicht davon aus, dass die Invisible Hand Marktgleichge-

⁴¹ Zum Ursprung des Ausdrucks Laissez-faire vgl. Oncken (1886) bzw. Oncken (1922), S. 248, 283ff., 310ff.

⁴² Es zu berücksichtigen, dass sich der Physiokratismus ebenso wie der Colbertismus als eine Lehre unter dem französischen Absolutismus entwickelt hat. Das Motto des Laissez-faire steht dabei weniger für die Forderung, den Staat völlig aus der Wirtschaft herauszuhalten, sondern ist zu deuten als eine im Interesse einer guten Regierung etablierten Warnung vor einem Übermaß an Regulierung (pour gouverner mieux, il faudrait gouverner moins) und als Empfehlung für eine an der natürlichen Ordnung (l'ordre naturel) orientierten Staats- und Wirtschaftsordnung (l'ordre positif).

wicht herbeiführt, bleibt allerdings dabei, die Bedeutung der Invisible Hand nicht nur metaphorisch zu sehen. Nur so ist zu erklären, warum er in seiner Einführung in das Werk merkwürdigerweise gar keinen Bezug herstellt zu der Belegstelle, an der Smith die Invisible Hand erwähnt, sondern sie in vier andere Textpassagen hineindeutet.

Empfiehl es sich also für den klassischen Liberalismus kaum, ihn mit dem Bild des reinen Laissez-faire, des Paläoliberalismus und ähnlicher semantischer Erfindungen zu identifizieren, heißt das längst nicht, dass dies in der älteren und neueren Gesellschaftsgeschichtsschreibung vermieden worden wäre. Mehr noch, das Streben nach einer Wiederbelebung des Liberalismus im 20. Jahrhundert, in dem ein reflektiertes Verständnis des Staates als allgemeine Aufgabe betrachtet wurde, war, wie oben gezeigt, beseelt von dem Gedanken, die Schwächen des Altliberalismus hinter sich zu lassen und sich je nach Standort mehr oder weniger von ihm zu distanzieren. Dass im Ergebnis etwas herausgekommen ist, das dem nur in Teilen entspricht und in seinen libertären Formen den klassischen Liberalismus bei weitem an Radikalität übertrifft, ist eine Ironie der Geschichte.

Foucault (2006) hat all dies wohl dazu animiert, den Prozess jener bereits im klassischen Liberalismus einsetzenden neuartigen Amalgamierung der Phänomene Macht und Freiheit auf eine neue Art und Weise zu reflektieren und zu interpretieren, um das Resultat schließlich in eine Analyse des bei ihm in einem sehr speziellen Sinne verstandenen Neoliberalismus einfließen zu lassen. Zum einen bestehe die liberale Philosophie zwar ungebrochen in der kritisch-misstrauischen Vermutung, dass stets zu viel regiert werde – oder dass man zumindest den Verdacht haben müsse, dass dies so sei. Zugleich aber identifiziert Foucault das Entwicklungsmuster einer die Staatsräson ablösenden Regierungskunst darin, dass Freiheit nicht mehr ausschließlich das der Macht entgegenstehende Recht der Individuen darstelle, sondern vielmehr selbst einen unverzichtbaren Bestandteil der Gouvernamentalität bildet. Gutes Regieren bedeute fortan nämlich, dass man jetzt nur noch unter der Bedingung gut regieren könne, dass die Freiheit oder bestimmte (ihrer) Formen wirklich geachtet werden. Die damit verstetigte liberale Grundpositionierung, die Frage nach dem Grad der Freiheit nämlich, habe auch jene auf den klassischen Liberalismus folgenden Regierungstechnologien beherrscht, selbst wenn sie weit davon entfernt wären, liberal im klassischen Sinne zu sein. Auf den Punkt gebracht, ist Gouvernamentalität nach Foucault eine über das Maß der Freiheit operierende Art und Weise, mit der man das Verhalten der Menschen steuert (vgl. Gertenbach 2007, 30).

Eines der Beispiele, an denen Foucault den Neoliberalismus im 20. Jahrhundert analysiert, ist der deutsche Ordoliberalismus. Damit sollte eigentlich klar sein, dass der Ordoliberalismus für Foucault nur eine Form des Neoliberalismus darstellt und letzterer sich nicht auf ersteren reduzieren lässt.⁴³ Allerdings, und das ist in unserem Kontext von Bedeutung, ist der Ordoliberalismus für Foucault der Prototyp des deutschen Neoliberalismus. Diese pauschalisierende Sichtweise ist auch bei Kritikern des Neoliberalismus keine seltene Erscheinung, beispielsweise, wenn vom „Ordoliberalismus als dem eigentlichen Neoliberalismus“ (Plehwé/Walpen 1999) gesprochen wird. Sicher ist es weitgehend unstrittig, dass der Ordoliberalismus als Neoliberalismus bezeichnet werden darf, aber die Umkehrung gilt nicht. Letztlich wissen das die genannten Autoren auch, denn sie konzedieren, dass „der Neoliberalismus selbst kein Singular, sondern ein Plural ist, der über einer Basis gemeinsamer Grundbestandteile sehr vielfältige Ausprägungen kennt“ (ebd.).

Der damit angedeutete Variantenreichtum des Neoliberalismus – genannt werden von den Autoren die Freiburger Schule, die Chicagoer Schulen, der Anarchokapitalismus und der Libertarismus – wird dann allerdings nicht als Nachteil einer Zersplitterung, sondern als hegemoniethoretische Stärke gesehen. Eine einheitliche Theorie sei gar nicht erforderlich, da selbst zueinander widersprüchliche Theorien sich unter dem Dach des Neoliberalismus zusammenfinden würden, solange sie von einheitlichen Prinzipien getragen sind, von denen das Bekenntnis zu Marktfreiheit und eingeschränktem, aber starkem Staat an vorderster Stelle stehen. Und so kommt es dann doch wieder zu einer Bagatellisierung von Differenzierungsbemühungen:

„Der Neoliberalismus tritt, bei allen internen Differenzierungen, »en bloc« auf, das heißt z.B.: Wer sich für den deutschen Ordoliberalismus als vermeintlich sozialstaatsfreundlichere Variante entscheidet, wählt zugleich den ganzen Neoliberalismus.“ (Ebd.)

Angesichts solcher Vieldeutigkeiten taucht Unverständnis darüber auf, warum kontinental-europäische Politökonomien überhaupt die angelsächsische Begrifflichkeit des Neoliberalismus übernommen haben, nach der dieser eher als Synonym für Unterdrückung im Namen der Freiheit gebraucht werde (vgl. Young 2014, 33f.).

⁴³ Behandelt wird auch der vor allem an Milton Friedman orientierte amerikanische Neoliberalismus. Dass Foucault den Keynesianismus ausblendet, gleichwohl dieser der linksliberalen englischen Tradition entspringt, wird gelegentlich moniert (z.B. Hesse 2007, 220).

Auch der Soziologe Stephan Lessenich (2003, 91) fragt, ob man sich der Verwendung des Begriffs nicht gänzlich enthalten sollte, da er eine andere Form der Gouvernamentalität suggeriert als tatsächlich praktiziert werde. Benutze man ihn dennoch in dem pauschalisierenden Sinne, dass es um liberalistisch verstandene Selbststeuerung von Gesellschaft und Individuum gehe, so müsse man sich der Widersprüchlichkeit eines so verstandenen neoliberalen Programms bewusst sein, da es letztlich eine „Als-ob-Mechanik der selbstregulierenden Ökonomie“ und eine „Als-ob-Anthropologie des unternehmerischen Selbst“ impliziert, die durch durchgängige Ökonomisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine „neue Topographie des Sozialen“ (Lemke 1997, 253) schafft.

Bleibt man bei dem Begriff, so muss die Verquickung von Macht und Freiheit für den Neoliberalismus des 21. Jahrhunderts als weitgehend unstrittig konstatiert werden. Allerdings sind damit die Probleme für die Analyse moderner Politikmuster noch nicht gelöst, vor denen man steht, sobald diese sich einer bloß ideologischen Etikettierung entziehen und inhaltlichen Problemen widmen will. Schließlich wäre ja zu klären, wie die „neoliberale Erweiterung der Staatlichkeit“ (Plehwe/Walpen 1999) dieses Verhältnis austariert und wie der Staat zugleich Totalisierungs- und Individualisierungsinstanz im Foucault'schen Sinne sein kann. Erschöpft sich die Freiheit im neoliberalen Gouvernamentalitätsmuster neben „unmittelbarer Gewalt und mittelbaren Zwängen“ in der „Zustimmung der Beherrschten in asymmetrischen Abhängigkeitsbeziehungen“, wie Kritiker des Neoliberalismus beispielsweise im Anschluss an Antonio Gramsci befürchten? Oder ist die Form der Gouvernamentalität gefunden, mit der Totalitarisierung⁴⁴ sich nicht zu Totalitarismus entfesseln kann, da die spezielle Verschränkung von Freiheit und Ordnung Grenzen setzt, wie es der Botschaft Ordoliberaler entspricht? Wie weitführend ist es, wenn der Neoliberalismus pauschal als die letzte Großideologie der Gegenwart⁴⁵ (Berger/Stein 2004) und übergreifende letzte Gesellschaftsutopie (Ötsch 2016) apostrophiert und nicht hinreichend zwischen den Neoliberalismen der Gegenwart differenziert wird? Sind es nicht gerade die Nuancen im Verständnis dafür, wie „Freiheit in Ordnung“ gestaltet werden sollte, die ein Schlaglicht darauf werden, was die dahinterliegende Ideologie

⁴⁴ Mit Totalitarisierung ist gemäß Foucault und anders als bei Hayek der Herrschaftsanspruch des Marktes (der Ökonomie) gemeint. Die Marktkonzeption sei letztlich vollständig radikalisiert und bildet »eine Art permanentes ökonomisches Tribunal« (Foucault, Vorlesung vom 21.3.79, zit. in Lemke 1997, 249.)

⁴⁵ Peter Ulrich (2008, 17) hat in seiner „Integrativen Wirtschaftsethik“ aus dem Jahre 1997 den Begriff Großideologie eingeführt und später den mit dem Neoliberalismus verbundenen Ökonomismus als „die Großideologie der Gegenwart“ (Ulrich 2000, 556) bezeichnet, dessen Kritik eine dringliche Aufgabe sei.

tatsächlich intendiert? Als unstrittig könnte dabei gelten, dass der Neoliberalismus weitgehende ökonomische Implikationen des klassischen Liberalismus übernommen hat (Kapeller/Huber 2009, 163) und insofern eine „Marktideologie“ darstellt, die im klassischen ökonomischen Liberalismus ihre frühe Begründung erfahren hat. Somit sind Formen ökonomischer Determiniertheit den Neoliberalismen der Gegenwart wesensimmanent geblieben, auch wenn es Dinge „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Röpke, 1958) zu bedenken gilt.

Aber der Vorschlag, mit Rekurs auf den Mainstream ökonomischen Denkens die neoklassische Theorie zur „Zwillingsschwester neoliberaler Ideologie“ (Kapeller/Huber 2009, 166) zu machen, verwischt die Unterschiede und kann sogar zusätzliche Verwirrung stiften. Die Österreichische Schule der Nationalökonomie in ihrer 5plus-Generation – zweifellos eine Variante des Neoliberalismus – behauptet beispielsweise vehement von sich selbst, anti-neoklassisch zu sein und bezieht sich dabei auf das Erbe der theoretischen Hinterlassenschaft von Hayek oder Mises. Zwar muss man dieses Selbstverständnis nicht unbedingt für bare Münze nehmen,⁴⁶ aber auch die Vertreter der Pluralen Ökonomik folgen dem, wenn die Österreichische Schule als ein substanzieller Teil der Heterodoxie eingeschätzt wird.⁴⁷ Von einem „metaphorischen Gleichschritt von neoklassischer Theorie und ideologischem Neoliberalismus“ (Kapeller/Huber 2009, 166) zu sprechen, dürfte daher auch einige Vertreter der Heterodoxie empören.

Dieser kurze Exkurs legt offen, dass es eine realhistorische Grundlage für das gibt, was sich bis zur Gegenwart auf der Ebene der theoretischen Reflexion fortgesetzt hat. Verwendungsweise und Verständnis des Begriffes Neoliberalismus in der inzwischen umfangreichen und sehr kontroversen Literatur legen nahe, dass man weder davon ausgehen kann, dass es einen kleinen gemeinsamen Nenner gibt, auf den man sich geeinigt hätte, noch davon, dass dies überhaupt angestrebt würde. Auf diese Weise bleibt es wohl dabei, dass das Streben nach Deutungshoheit durch einzelne Strömungen, seien sie nun bekennend neoliberal oder feindlich eingestellt, immer wieder scheitern muss. Walpen (2000, 1066f.) hat dies metaphorisch als Wettlauf zwischen Hasen und Igel beschrieben und empfiehlt, statt bis zur Erschöpfung her-

⁴⁶ Dass sich die Österreichische Schule in einigen Punkten tatsächlich vom Mainstream abhebt, ändert nichts daran, dass das Kernstück der Österreichischen Schule, nämlich Marginalismus, gepaart mit methodologischem Individualismus, zweifellos der Neoklassik zu zurechnen ist. Will sich der Austrianismus pauschal von der Neoklassik distanzieren, schlägt er zum Teil auf sein eigenes Erbe ein (vgl. Quaas 2013).

⁴⁷ Stellvertretend für viele: Dobusch/Kapeller (2013, 38). Auch die JEL-Klassifikation rubriziert die Österreichische Schule der Nationalökonomie mit B53 inzwischen als aktuellen heterodoxen Ansatz.

umzurennen, lieber die Anlage dieses Wettlaufs ins Visier zu nehmen. Grundvoraussetzung dafür sei es, nicht von der Existenz eines Neoliberalismus, sondern von vielen Neoliberalismen auszugehen, die vom Laissez-faire bis zu staatsinterventionistischen Ansätzen reichen. Hayeks spezifischer Liberalismus, geprägt durch ein ausführlich elaboriertes Verständnis von Freiheit und strengen methodologischer Individualismus ist nur eine Variante davon, allerdings eine, die bereits mit eigener umfangreicher Wirkungsgeschichte aufwarten kann.

6. Hayek im Schnittpunkt verschiedener Denkkollektive

Fast zwangsläufig haben die Mehrdeutigkeiten und gelegentlich auch die Widersprüchlichkeiten in Hayeks liberaler Weltanschauung bei dem Bemühen, ihm im modernen Neoliberalismus einen eindeutigen Platz zuzuweisen, immer wieder zu Irritationen geführt. Sie haben aber auch den Umstand begünstigt, dass sein spezifischer Liberalismus durch Anhänger und Gegner je nach Interessenlage gebrochen, zurechtgebogen und vereinnahmt werden konnte, indem man sich steinbruchartig der verschiedenen Elemente bedient und sie zu einem vermeintlich homogenen Ganzen zusammengefügt hat. Insbesondere seit dem jüngsten Revival der Österreichischen Schule der Nationalökonomie wird Hayek als ein originärer und konsistenter Theoretiker des Liberalismus gefeiert. Auf diese Weise entstand ein viel zu glattes Bild, das wegen der zum Teil klitternden und sperrigen Argumentationsmuster Hayeks, in denen er sehr unterschiedliche Quellen benutzt, aber parteiisch verarbeitet⁴⁸, nicht gerechtfertigt erscheint. Hayek selbst ist das beste Beispiel dafür, dass der Neoliberalismus nicht homogen ist; er ist auch ein Beispiel für das Neben- und Durcheinander in der Verwendung inkompatibler Teilstücke auf der Suche nach einer stimmigen „liberalen Utopie“.

⁴⁸ Ein Beispiel wäre Hayeks abgrundtiefe Abneigung gegen den Cartesischen Rationalismus der französisch-liberalen Aufklärung (zu dem er die Enzyklopädisten, Rousseau und die Physiokraten zählt), die man nur dann zu teilen geneigt sein kann, wenn man seine Konstruktivismus-These für bare Münze nimmt, die ihn die englischen Liberalen – mit Ausnahme von Thomas Hobbes – als vorzugswürdig erscheinen lässt. Die Idee, dass die Theorien der Freiheit aus zwei unterschiedlichen Überlieferungen stammen, nämlich der englischen und der französischen, entlehnt Hayek (1991, 65, Fn.1) von Alexis de Tocqueville, den er ebenso wie Montesquieu und Constant als der „britischen Überlieferung“ nahe stehend ansieht. Hayek stellt diese beiden Strömungen verstreut über sein sozialphilosophisches Werk immer wieder gegenüber und verbindet sie mit der Zuweisung zweier Rationalitätstypen. Der englischen (empirischen) Richtung entspreche eine auf Spontaneität aufbauende Entwicklungskonzeption, der französischen (rationalistischen) dagegen spekulativer Konstruktivismus. Bedauerlicherweise sei es in der liberalen Bewegung des 18. Jahrhunderts zu einer Verschmelzung im Verständnis von „gallischer“ und „anglikanischer“ Freiheit gekommen, und in der Folgezeit habe die französische Überlieferung die englische verdrängt.

Diese Besonderheit ist im Hinblick auf die Hayek-Rezeption zu berücksichtigen. Einerseits begünstigt sie die Okkupation und Vereinnahmung von Hayeks Ansichten für ein breites Spektrum neoliberaler Rezipienten und macht es leicht, Hayek gegen Hayek ausspielen zu können. Wenn Hayek in der Literatur sowohl als Marktradikaler rangiert, aber auch als Vaterfigur der Sozialen Marktwirtschaft erhalten muss, lässt das Hayek-Kritiker Demagogie vermuten. Wenn in vielen Fällen pauschal und undifferenziert vom Neoliberalismus gesprochen wird, dann auch, weil man ja wisse, worin der Neoliberalismus Hayeks letztlich wirklich bestehen würde – und das ist nicht freundlich gemeint.

Das dem entgegenwirkende (und hier unterstützte) Anliegen, den Neoliberalismus zu differenzieren, muss also keinesfalls absurd sein, sondern erscheint zweckmäßig. Umgekehrt nämlich kann eine einschlägige Bezugnahme auf Hayek zum Indikator dafür werden, welcher Spielart des Neoliberalismus der jeweilige Rezipient selbst angehört, vielleicht sogar entgegen seinem Selbstverständnis. Auf diese Weise können nicht nur die echten Feinde, sondern auch die falschen Freunde besser identifiziert werden.⁴⁹

Prinzipiell ist die Frage nach der Zugehörigkeit Hayeks zum neoliberalen Spektrum daher auch kein Thema sui generis, es ist vielmehr dessen Wirkung als ein Polarisationsprisma hinsichtlich der mehrfachen Brechung klassisch-liberaler Ideen, die dann auch zum besseren Verständnis des Neoliberalismus beitragen könnte. Die Beschäftigungsmöglichkeiten mit Hayeks Werk und seine ideengeschichtliche Einordnung sind dermaßen facettenreich, dass sowohl Überschneidungen als auch Widersprüchlichkeiten zwischen verschiedenen Denkkollektiven, die sich dieser Aufgabe widmen, vorprogrammiert sind.

Denkkollektive werden nach Ludwik Flecks Ansatz aus den 30er Jahren durch einen Denkstil zusammengehalten. Ein Denkstil legt weitgehend fest, was innerhalb des betreffenden Denkkollektivs als wissenschaftliches Problem gilt und was eine adäquate Methode zur Lösung des Problems sein könnte. Er ist definiert als „gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen“ (Fleck 1980, 130). Wissenschaftliche Schulen sind in der Regel relativ stabile Denkkollektive. Sie de-

⁴⁹ Insbesondere für ein nicht nur plakatives Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne der von Alfred Müller-Armack herausgestellten Verbindung von Freiheit und sozialem Ausgleich (vgl. Quaas 2000) ist es völlig absurd, diesem Wirtschaftsstilkonzept folgen zu wollen und sich gleichzeitig damit zu beruhigen, dass der Markt per se soziale Qualitäten habe oder wie Hayek (1988) provokativ von „sozial“ als von einem „Wieselwort“ zu sprechen.

monstrieren ihren unbedingten Gruppenzusammenhalt, indem sie sich nach innen gegenseitig bestärken und nach außen gemeinsam auftreten, wobei sie sich von anderen abgrenzen. Die innere Kohäsion von Denkkollektiven wird soziologisch sowohl durch Innen- als auch durch Außenwahrnehmung reflektiert. Um sich zu entwickeln und in der Gesellschaft zu verankern, ist die institutionelle Ausstattung, derer sich Denkkollektive bedienen können, maßgeblich. Dazu zählen die materiellen Ressourcen im akademischen Lehrbetrieb, in den Forschungseinrichtungen und Vereinigungen sowie die Popularisierung der Ideologie durch entsprechende Think Tanks.

Bei der Fahndung nach Denkkollektiven in Hayek'scher Tradition lassen sich zumindest zwei Varianten auffinden.

Die erste umfasst jene, die sich der Hayek'schen Ordnungsökonomik verpflichtet fühlen und damit einer sozialphilosophischen Ordnungskonzeption folgen (Hayek II).

Die zweite Dimension hebt auf Hayek als grundstämmigen Repräsentanten der Österreichischen Schule der Nationalökonomie in der vierten Generation ab, dessen geld- und konjunkturtheoretische Auffassungen neuerdings wieder en vogue sind, aber das frühe Werk von Hayek I umfassen.

Der Sache nach sind damit zwei durchaus verschiedene Denkstile angesprochen, die sich jedoch ihrer Genesis nach in einer Person überlagern und daher auch von den beiden darauf aufbauenden Denkkollektiven nicht konsequent auseinandergehalten werden. Das ist folgenreich immer dann, wenn durch derartige Überschneidungen Widersprüche auftauchen, die sich nicht auflösen lassen. Nirgendwo zeigt sich diese Zersplitterung vermeintlich einheitlicher Denkkollektive so deutlich wie in dem seit einigen Jahrzehnten zu beobachtendem Revival der Österreichischen Schule, das sich vor allem um zwei zentrale Figuren dreht: Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek.

Nimmt man eine ideengeschichtliche Perspektive ein, könnte man zunächst Einheitlichkeit des Denkens vermuten. Beide haben weitgehend in ihren geld- und konjunkturtheoretischen Ansichten übereingestimmt, die von der Geldtheorie Knut Wicksells und der Kapitaltheorie Eugen von Böhm-Bawerks inspiriert ist.

Und in der Tat beruft sich ein großer Teil der New Austrians, also der Österreichischen Schule in der 5plus-Generation, auf die von Mises und Hayek inaugurierte Austrian Business Cycle Theorie (ABC-Theorie). Bekennender New Austrian sein zu können, scheint also in der ABC-Theorie eine sichere Basis zu besitzen. Schaut man jedoch genauer hin, erweist sich das als ein Fehlschluss. Zwischen Misesianern und Hayekianern herrschen massive Unverträg-

lichkeiten. Die Mises-Schule in den USA, die die persönliche Grundlage für die New Austrians-Generation in Vertretern wie Israel M. Kirzner, Hans F. Sennholz und vor allem Murray N. Rothbard sieht, hat sich über ihre zahlreichen Think-Tanks in ihrer staatskritischen Haltung radikalisiert. Diesen „Freunden der Freiheit“ geht Hayeks ordnungspolitischer Ansatz nicht weit genug in der Reduktion der Staatsaufgaben. Hayeks „Verfassung der Freiheit“ ist von Rothbard (1958) noch vor dem Erscheinen in einem vertraulichen Brief an den Volker Fund als ein „extrem schlechtes“ und „übles“ Buch betitelt worden, das „mit ganzer Vehemenz“ anzugreifen sei.⁵⁰ Das ist eine Äußerung, die die ordnungsökonomischen Hayekianer natürlich nicht unterstützen, ja nicht einmal verstehen können, sie wollen darauf ja gerade ein positives Forschungsprogramm aufbauen.

Der Rothbardianer Hans Hermann Hoppe dagegen möchte mit dem „Mythos Friedrich August von Hayek“ aufräumen, weil dieser sich unter seiner radikalliberalen Schale als „weicher Linker“ entpuppt habe (Hoppe 2013). Die von Hoppe gegründete Zeitschrift „eigentlich frei“ wirkt einschlägig in die anarchokapitalistische Richtung.

Aber auch in Bezug auf den ehemals einigenden Punkt der ABC-Theorie gehen die Positionen auseinander. Während Hayekianer sich stoisch weigern, Sraffas vernichtende Kritik an Hayeks „Preise und Produktion“ (der hierfür maßgeblichen Schrift) auch nur zur Kenntnis zu nehmen, distanzieren sich Misesianer wie Kirzner davon, weil sie nicht von der einschlägigen Kritik durch die Cambridge-Debatte betroffen sein wollen. Im Gegenzug fordern Hayekianer wie Roger Garrison eine Tabuisierung des Mises-Style, weil Mises noch stärker als Hayek eine „österreichische“ Makroökonomik verhindere.⁵¹

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass das Ansetzen am spezifischen Liberalismus von Hayek in seiner Wirkungsbreite ganz unterschiedlich ausfällt. Ein auf Hayek rekurrierendes Denkkollektiv „Österreichische Schule“ existiert nicht, zumindest nicht mit einem einheitlichen Denkstil. Ähnliches trifft für das ordoliberal-ordnungsökonomische Programm zu. Sieht man dieses Phänomen vor der erkenntnistheoretischen Frage: „Was können wir wissen?“, so muss das nicht verwundern. Auch unter den Hayek-Anhängern wird es hinreichend Repräsentanten geben, die mit einem Wissenschaftsanspruch ausgestattet und damit nicht erkenntnis-

⁵⁰ Beim Erscheinen des Buches relativiert Rothbard (1960) sein Urteil zwar, aber aus so fadenscheinigen Gründen, dass zu bezweifeln bleibt, ob er seine Meinung wirklich geändert hat.

⁵¹ Zur Rezeption der von Böhm-Bawerk über Mises und Hayek verlaufenden österreichischen Kapitaltheorie durch die Generation der New Austrians vgl. Quaas, F. (2013, 35-38 und 45-49).

skeptisch sind. Hayek dagegen hat, auch wenn er es bestimmt nicht auf die eigene Person bezogen hat, in seiner Nobelpreis-Rede von einer „Anmaßung von Wissen“ gesprochen und zog damit die Konsequenz aus seiner individualistisch basierten und liberal-wettbewerblich orientierten Marktwirtschaftstheorie. Auf die Paradoxie einer solchen Position jedoch ist ebenfalls und zu Recht hingewiesen worden:

„Es macht den Anschein, als wollten Hayek und seine neoliberalen Schüler die Menschheit zurückführen in einen Zustand kindlicher Unschuld, wenn sie unermüdlich vor der »Anmassung des Wissens« warnen. Doch die Warnung ist logisch unsinnig und politisch verhängnisvoll. Die Paradoxie besteht darin, dass jene, die den Willen zu wissen und zu verstehen als anmassend und damit als illegitim diskreditieren, über ein ›höheres‹ Wissen verfügen müssen, um solche Urteile fällen und begründen zu können. Sie müssen also beispielsweise im Besitz jener übermenschlichen Weisheit sein, die sich in den Mechanismen des Wettbewerbs manifestiert. Sie kommen nicht darum herum, sich ein Wissen anzumassen, das sie anderen Menschen absprechen und das sie ermächtigt, von ihnen die Unterlassung bestimmter Handlungen zu verlangen. Sie sprechen ihnen die Mündigkeit in paternalistischer Manier ab und treten damit in Opposition nicht nur zu den normativen Prinzipien der Aufklärung und der modernen Demokratie, sondern auch zu einem Liberalismus, der die Idee der Autonomie ernst nimmt.“ (Marti 2006, 223)

Fassen wir zusammen: Zwar gibt es dem ersten Anschein nach eine versöhnliche Klammer, nämlich den Ansatz des methodologischen Individualismus und die Ideologie des Liberalismus, die als Fundamente eines am Denkstil von Hayek orientierten einheitlichen Denkkollektivs fungieren könnten. Doch dem sind Grenzen gesetzt, die Hayek selbst zu verantworten hat. Eine Ordnungsökonomik – also einen systemtheoretischen Zusammenhang – auf einem strikten methodologischen Individualismus aufzubauen, bleibt ebenso problematisch wie der Versuch, die Erklärung eines makroökonomischen Phänomens, nämlich den Konjunkturzyklus, vorzugsweise aus einem marktwirtschaftlich-liberalen, rein mikroökonomischen Zusammenhang heraus leisten zu wollen.

In beiden genannten Bereichen hat die Wissenschaftsentwicklung den Denkstil Hayeks längst überholt. Revitalisierte und in diesem Sinne erfolgreiche Theorien können also durchaus falsch sein. Sich der auf ihnen aufbauenden Forschungstradition dennoch zugehörig zu fühlen, ist nach Larry Laudan (1977) den metaphysischen Hintergrundannahmen geschuldet, die man miteinander teilt.

Literatur

- Alterman, Eric (2012): How Classical Liberalism Morphed Into New Deal Liberalism, URL : <https://www.americanprogress.org/issues/general/news/2012/04/26/11379/think-again-how-classical-liberalism-morphed-into-new-deal-liberalism/>, abgerufen am 19.01.2018.
- Audier, Serge (2012): *Néolibéralisme(s). Une archéologie intellectuelle*, Paris.
- Berger, Ulrich / Stein, Christoph (2004): Das zweite Scheitern des Liberalismus., URL: <https://www.heise.de/tp/features/Das-zweite-Scheitern-des-Liberalismus-3437783.html>, abgerufen am 19.01.2018.
- Brookes, Kevin (2012): Diffusion et transformation du néo-libéralisme en France des années 1960 aux années 1980, Université Pierre Mendès France, Grenoble.
- Cohen, Avi Jonathan (2003): The Hayek/Knight Capital Controversy. The Irrelevance of Roundaboutness, or Purging Processes in Time?, in: *History of Political Economy*, 35 (3), S. 469–490.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): *Rhizom*, Berlin.
- Denord, François (2001): Aux origines du néo-libéralisme en France. Louis Rougier et le Colloque Walter Lippmann de 1938, in: *Le Mouvement Social*, 195, S. 9–34.
- Dobusch, Leonhard / Kapeller, Jakob (2013): Diskutieren statt Ignorieren: Eckpfeiler für interessierten Pluralismus in der Ökonomie, in: *Der öffentliche Sektor*, 39 (3), S. 37–41.
- Eucken, Walter (1943): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 3., erneut durchgearbeitete Aufl., Jena.
- Fleck, Ludwig (1980/1935): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2006): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt am Main.
- Gertenbach, Lars (2007): *Die Kultivierung des Marktes. Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus*, Berlin.
- Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan Otmar (2012): Eucken, Hayek and the Road to Serfdom, *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, No. 12/4.
- Hayek, Friedrich August von (1945): *Der Weg zur Knechtschaft*, Erlenbach-Zürich.
- Hayek, Friedrich August von (1945): Wahrer und falscher Individualismus, in: Ders., *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie (Gesammelte Schriften, Abt. A: Aufsätze, Bd. 5)*, hrsg. von Viktor Vanberg, Tübingen, 2002, S. 17–32.
- Hayek, Friedrich August (1949): Die Intellektuellen und der Sozialismus, in: *Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur*, Bd. 29 (1949-1950), Heft 5, S. 273–286.
- Hayek, Friedrich August von (1962): *Wirtschaft, Wissenschaft und Politik*, in: Ders., *Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze*, Tübingen, 1969, S. 1–17.
- Hayek, Friedrich August von (1963): *Recht, Gesetz und Wirtschaftsfreiheit*, in: Ders., *Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze*, Tübingen, 1969, S.47–55.
- Hayek, Friedrich August von (1966): *Dr. Bernard Mandeville*, in: Ders., *Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze*, Tübingen, 1969, S. 126–143.
- Hayek, Friedrich August von (1968): *Die Sprachverwirrung im Politischen Denken*, in: Ders., *Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze*, Tübingen, 1969, S. 206–231.
- Hayek, Friedrich August von (1978): *Zur Bewältigung von Unwissenheit*, Ludwig-von-Mises-Lecture, Hillsdale College Michigan, in: Ders., *Wirtschaftstheorie und Wissen. Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre*, hrsg. v. Viktor Vanberg, Tübingen, 2007, S. 99–108.

- Hayek, Friedrich August von (1988): Die verhängnisvolle Anmaßung von Wissen. Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen.
- Hayek, Friedrich August von (1991/1971): Die Verfassung der Freiheit, 3. Aufl., Tübingen.
- Hennecke, Hans Jörg (2000): Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf.
- Hesse, Jan-Otmar (2007): „Der Staat unter der Aufsicht des Marktes“ – Michel Foucaults Lektüren des Ordoliberalismus, in: Krasmann, Susanne / Volkmer, Michael (Hg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften, Bielefeld, S. 213–238.
- Hoppe, Hans-Hermann (2013): Mythos Friedrich August von Hayek. in: *eigentümlich frei*, (ef 130), S. 55–59
- Hoppmann, Erich (1995): Walter Euckens Ordnungsökonomik – heute, in: *ORDO*, Band 46, S. 41–55.
- Horn, Karen (2018): Das neoliberale Projekt, in: *Neue Zürcher Zeitung digital* vom 12.07.2018, URL: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/das-neoliberale-projekt-ld.1402855>, zuletzt abgerufen am 01.01.2019.
- Hülsbömer, André (1998): Die Zwangsläufigkeit der Freiheit. Über Präferenzwandel als Unruhestifter in sozialen Systemen, Marburg.
- Janssen, Hauke (2000): Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren, 2. überarb. Aufl., Marburg.
- Janssen, Hauke (2009): Zwischen Historismus und Neoklassik: Alexander Rüstow und die Krise der deutschen Volkswirtschaftslehre, in: *ORDO*, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 60, Stuttgart, S. 101–118.
- Kapeller, Jakob / Huber, Jakob (2009): Politische Paradigmata und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, 38. Jg., H. 2, 163–192.
- Kennedy, Gavin (2009): Adam Smith and the Invisible Hand: From Metaphor to Myth, in: *Econ Journal Watch*, 6 (2), S. 239–263.
- Klausinger, Hansjörg (2013): Die größten Ökonomen: Friedrich A. von Hayek, Konstanz und München.
- Kolev, Stefan (2008): Macht und Wissen als Determinanten: Zur Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik bei Walter Eucken und Friedrich August von Hayek, in: *HWWI Research Paper* 5-4.
- Kolev Stefan (2010): F. A. Hayek as an Ordoliberal, in: *HWWI Research Paper* 5-11.
- Krasmann, Susanne / Volkmer, Michael (Hg.) (2007): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften, Bielefeld.
- Krebs, Helmut / von Prollius, Michael (2015): Warum wir Österreicher und Klassische Liberale sind, Working Paper 150208, Forum Freie Gesellschaft, Fürstenberg.
- Laudan, Larry (1977): *Progress and its Problems, Towards a Theory of Scientific Growth*, Berkeley, Los Angeles, London.
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg.
- Lessenich, Stephan (2003): Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft, in: *Mittelweg* 36, Heft 4, S. 80–93.
- Long, Roderick T. (2007): The classical roots of radical individualism, in: *Social Philosophie and Policy*, vol. 24 (2), S. 262–297.
- Luxemburg, Rosa (1922): *Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung*. Aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg, hrsg. u. eingel. v. Paul Levi, Berlin.

- Marti, Urs (2006): Was wissen die Neoliberalen?, in: Jahrbuch Denknetz, S. 216–224.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1983/1948): Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 4, Berlin, nach der unveränd. Aufl. von 1959, S. 459–493.
- Meier-Rust, Kathrin (1993): Alexander Rüstow: Geschichtsdeutung und liberales Engagement, Stuttgart.
- Mises, Ludwig (1927): Liberalismus, Jena.
- Neurath, Otto (1935¹): Einheit der Wissenschaft als Aufgabe, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd.2, Wien, S. 625–629.
- Neurath, Otto (1935²): Pseudorationalismus der Falsifikation, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd.2, Wien, S. 635–644.
- Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs, Hamburg.
- Oetsch, Walter (2016): Die neoliberale Utopie als Ende aller Utopien, in: Sebastian Pittl / Gunter Prüller-Jagenteufel (Hg.), Unterwegs zu einer neuen „Zivilisation geteilter Genügsamkeit“, Vienna University Press, 105–119.
- Ötsch, Walter Otto / Pühringer, Stefan / Hirte, Katrin (2018): Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie, Wiesbaden.
- Oncken, August (1886): Die Maxime Laissez-faire et laissez-passer, Bern.
- Oncken, August (1922): Geschichte der Nationalökonomie, Erster Teil: Die Zeit vor Adam Smith, 3., unv. Aufl., Leipzig.
- Oswalt, Walter (1991): Gegen die Macht der Monopole, in: Die Zeit, Nr. 4 vom 18. Januar 1991.
- Plehwe, Dieter / Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und –erhaltung, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115, 29. Jg., Nr. 2, S. 203–235.
- Plickert, Philip (2008): Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“, Stuttgart.
- Poschardt, Ulf (2015): Sch*** auf Hayek, welt-online Kultur Liberalismus vom 3.7.2015, URL: <https://www.welt.de/kultur/article143492916/Sch-auf-Friedrich-August-von-Hayek.html>, abgerufen am 19.01.2019.
- Quaas, Friedrun (2000): Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts, Bern/Stuttgart.
- Quaas, Friedrun / Quaas, Georg (2013): Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Darstellung, Kritiken und Alternativen, Marburg.
- Quaas, Friedrun (2013): Der Geltungsanspruch der New Austrians, in: Forschungsseminar Politik und Wirtschaft Leipzig (Hrsg.), Booms, Busts und blinde Flecken. Zwischen Krisentheorie und Systemkritik, Marburg, S. 15–57.
- Reichhold, Clemens (2018): Wirtschaftsfreiheit als Schicksal. Das politische Denken Friedrich August von Hayeks als de-politisierte Theorie, Berlin/Boston.
- Röpke, Wilhelm (1958): Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach/Zürich/Stuttgart.
- Rothbard, Murray N. (1958): Confidential Memo on F.A. Hayeks Constitution on Liberty. To the Volker Fund, in: Modugno, Roberta A. (Hrsg.), Murray N. Rothbard vs. the Philosophers. Unpublished Writings on Hayek, Mises, Strauss, and Polany, Auburn, 2009, S. 61–70.

- Rothbard, Murray N. (1960): Letter on the Constitution of Liberty by F.A. Hayek. To the William Volker Fund, in: Modugno, Roberta A. (Hrsg.), Murray N. Rothbard vs. the Philosophers. Unpublished Writings on Hayek, Mises, Strauss, and Polany, Auburn, 2009, S.71–78.
- Rothschild, Emma (1994): Adam Smith and the Invisible Hand, in: The American Economic Review, 84 (2), S. 319–322.
- Streissler, Erich (1999): Eine Untersuchung über die Ursachen und das Wesen des Wohlstands der Völker, übers. v. Monica Streissler, Göttingen u.a.
- Sturn, Richard (1997): Politiklose Politik, morallose Moral: Wie ehrlich ist der homo oeconomicus?, in: Erwägen, Wissen, Ethik, Jg. 8, Heft 2, S. 236–238.
- Turk, Michael (2016): Otto Neurath and the Linguistic Turn in Economics, in: Journal of the History of Economic Thought, 38 (3), S. 371-389.
- Ulrich, Peter (2000): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagenreflexion der ökonomischen Vernunft, in: Erwägen Wissen Ethik, Jg. 11, Heft 4, S. 555–566.
- Ulrich, Peter (2008/1997): Integrative Wirtschaftsethik, Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 4. Aufl., Bern e.a.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 121/122, S. 1066–1079.
- Walpen, Bernhard (2005): Auf dem Pilgerberg oder: Dialektik der Freiheit. Eine kurze Geschichte des Neoliberalismus, in: Jahrbuch Denknetz, S. 210–218.
- Wapshott, Nicholas (2011): Keynes Hayek: the clash that defined modern economics, New York/London.
- Young, Brigitte (2014): Ordoliberalismus – Neoliberalismus – Laissez-faire-Liberalismus, in: Wullweber, Joscha u. a. (Hrsg.), Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 33–48.
- Zamorano Gonzales, Sebastian (2014): Enthronung der Politik? Zum Demokratiebegriff im Denken Hayeks, Berlin.
- Zieschang, Tamara (2003): Das Staatsbild Franz Böhms, Stuttgart.

Universität Leipzig

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Nr. 1	Wolfgang Bernhardt	Stock Options wegen oder gegen Shareholder Value? Vergütungsmodelle für Vorstände und Führungskräfte 04/1998
Nr. 2	Thomas Lenk / Volkmar Teichmann	Bei der Reform der Finanzverfassung die neuen Bundesländer nicht vergessen! 10/1998
Nr. 3	Wolfgang Bernhardt	Gedanken über Führen – Dienen – Verantworten 11/1998
Nr. 4	Kristin Wellner	Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Standortgestaltung zur Revitalisierung von Innenstädten 12/1998
Nr. 5	Gerhardt Wolff	Brauchen wir eine weitere Internationalisierung der Betriebswirtschaftslehre? 01/1999
Nr. 6	Thomas Lenk / Friedrich Schneider	Zurück zu mehr Föderalismus: Ein Vorschlag zur Neugestaltung des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer 12/1998
Nr. 7	Thomas Lenk	Kooperativer Föderalismus – Wettbewerbsorientierter Föderalismus 03/1999
Nr. 8	Thomas Lenk / Andreas Mathes	EU – Osterweiterung – Finanzierbar? 03/1999
Nr. 9	Thomas Lenk / Volkmar Teichmann	Die fiskalischen Wirkungen verschiedener Forderungen zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland: Eine empirische Analyse unter Einbeziehung der Normenkontrollanträge der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen sowie der Stellungnahmen verschiedener Bundesländer 09/1999
Nr. 10	Kai-Uwe Graw	Gedanken zur Entwicklung der Strukturen im Bereich der Wasserversorgung unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen 10/1999
Nr. 11	Adolf Wagner	Materialien zur Konjunkturforschung 12/1999
Nr. 12	Anja Birke	Die Übertragung westdeutscher Institutionen auf die ostdeutsche Wirklichkeit – ein erfolg-versprechendes Zusammenspiel oder Aufdeckung systematischer Mängel? Ein empirischer Bericht für den kommunalen Finanzausgleich am Beispiel Sachsen 02/2000
Nr. 13	Rolf H. Hasse	Internationaler Kapitalverkehr in den letzten 40 Jahren – Wohlstandsmotor oder Krisenursache? 03/2000
Nr. 14	Wolfgang Bernhardt	Unternehmensführung (Corporate Governance) und Hauptversammlung 04/2000
Nr. 15	Adolf Wagner	Materialien zur Wachstumsforschung 03/2000
Nr. 16	Thomas Lenk / Anja Birke	Determinanten des kommunalen Gebührenaufkommens unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer 04/2000
Nr. 17	Thomas Lenk	Finanzwirtschaftliche Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Länderfinanzausgleich vom 11.11.1999 04/2000
Nr. 18	Dirk Bütel	Continuous linear utility for preferences on convex sets in normal real vector spaces 05/2000
Nr. 19	Stefan Dierkes / Stephanie Hanrath	Steuerung dezentraler Investitionsentscheidungen bei nutzungsabhängigem und nutzungsunabhängigem Verschleiß des Anlagenvermögens 06/2000
Nr. 20	Thomas Lenk / Andreas Mathes / Olaf Hirschfeld	Zur Trennung von Bundes- und Landeskompetenzen in der Finanzverfassung Deutschlands 07/2000
Nr. 21	Stefan Dierkes	Marktwerte, Kapitalkosten und Betafaktoren bei wertabhängiger Finanzierung 10/2000
Nr. 22	Thomas Lenk	Intergovernmental Fiscal Relationships in Germany: Requirement for New Regulations? 03/2001
Nr. 23	Wolfgang Bernhardt	Stock Options – Aktuelle Fragen Besteuerung, Bewertung, Offenlegung 03/2001
Nr. 24	Thomas Lenk	Die „kleine Reform“ des Länderfinanzausgleichs als Nukleus für die „große Finanzverfassungs-reform“? 10/2001

Nr. 25	Wolfgang Bernhardt	Biotechnologie im Spannungsfeld von Menschenwürde, Forschung, Markt und Moral Wirtschaftsethik zwischen Beredsamkeit und Schweigen 11/2001
Nr. 26	Thomas Lenk	Finanzwirtschaftliche Bedeutung der Neuregelung des bundestaatlichen Finanzausgleichs – Eine allokative und distributive Wirkungsanalyse für das Jahr 2005 11/2001
Nr. 27	Sören Bär	Grundzüge eines Tourismusmarketing, untersucht für den Südraum Leipzig 05/2002
Nr. 28	Wolfgang Bernhardt	Der Deutsche Corporate Governance Kodex: Zuwahl (comply) oder Abwahl (explain)? 06/2002
Nr. 29	Adolf Wagner	Konjunkturtheorie, Globalisierung und Evolutionsökonomik 08/2002
Nr. 30	Adolf Wagner	Zur Profilbildung der Universitäten 08/2002
Nr. 31	Sabine Klinger / Jens Ulrich / Hans-Joachim Rudolph	Konjunktur als Determinante des Erdgasverbrauchs in der ostdeutschen Industrie? 10/2002
Nr. 32	Thomas Lenk / Anja Birke	The Measurement of Expenditure Needs in the Fiscal Equalization at the Local Level Empirical Evidence from German Municipalities 10/2002
Nr. 33	Wolfgang Bernhardt	Die Lust am Fliegen Eine Parabel auf viel Corporate Governance und wenig Unternehmensführung 11/2002
Nr. 34	Udo Hielscher	Wie reich waren die reichsten Amerikaner wirklich? (US-Vermögensbewertungsindex 1800 – 2000) 12/2002
Nr. 35	Uwe Haubold / Michael Nowak	Risikoanalyse für Langfrist-Investments Eine simulationsbasierte Studie 12/2002
Nr. 36	Thomas Lenk	Die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs auf Basis der Steuerschätzung Mai 2002 und einer aktualisierten Bevölkerungsstatistik 12/2002
Nr. 37	Uwe Haubold / Michael Nowak	Auswirkungen der Renditeverteilungsannahme auf Anlageentscheidungen Eine simulationsbasierte Studie 02/2003
Nr. 38	Wolfgang Bernhard	Corporate Governance Kodex für den Mittel-Stand? 06/2003
Nr. 39	Hermut Kormann	Familienunternehmen: Grundfragen mit finanzwirtschaftlichen Bezug 10/2003
Nr. 40	Matthias Folk	Launhardtsche Trichter 11/2003
Nr. 41	Wolfgang Bernhardt	Corporate Governance statt Unternehmensführung 11/2003
Nr. 42	Thomas Lenk / Karolina Kaiser	Das Prämienmodell im Länderfinanzausgleich – Anreiz- und Verteilungsmittelnwirkungen 11/2003
Nr. 43	Sabine Klinger	Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Haushaltssektors in einer Matrix 03/2004
Nr. 44	Thomas Lenk / Heide Köpping	Strategien zur Armutsbekämpfung und –vermeidung in Ostdeutschland: 05/2004
Nr. 45	Wolfgang Bernhardt	Sommernachtsfantasien Corporate Governance im Land der Träume. 07/2004
Nr. 46	Thomas Lenk / Karolina Kaiser	The Premium Model in the German Fiscal Equalization System 12/2004
Nr. 47	Thomas Lenk / Christine Falken	Komparative Analyse ausgewählter Indikatoren des Kommunalwirtschaftlichen Gesamt-ergebnisses 05/2005
Nr. 48	Michael Nowak / Stephan Barth	Immobilienanlagen im Portfolio institutioneller Investoren am Beispiel von Versicherungsunternehmen Auswirkungen auf die Risikosituation 08/2005
Nr. 49	Wolfgang Bernhardt	Familiengesellschaften – Quo Vadis? Vorsicht vor zu viel „Professionalisierung“ und Ver-Fremdung 11/2005
Nr. 50	Christian Milow	Der Griff des Staates nach dem Währungsgold 12/2005

Nr. 51	Anja Eichhorst / Karolina Kaiser	The Institutional Design of Bailouts and Its Role in Hardening Budget Constraints in Federations 03/2006
Nr. 52	Ullrich Heilemann / Nancy Beck	Die Mühen der Ebene – Regionale Wirtschaftsförderung in Leipzig 1991 bis 2004 08/2006
Nr. 53	Gunther Schnabl	Die Grenzen der monetären Integration in Europa 08/2006
Nr. 54	Hermut Kormann	Gibt es so etwas wie typisch mittelständige Strategien? 11/2006
Nr. 55	Wolfgang Bernhardt	(Miss-)Stimmung, Bestimmung und Mitbestimmung Zwischen Juristentag und Biedenkopf-Kommission 11/2006
Nr. 56	Ullrich Heilemann / Annika Blaschzik	Indicators and the German Business Cycle A Multivariate Perspective on Indicators of Ifo, OECD, and ZEW 01/2007
Nr. 57	Ullrich Heilemann	“The Soul of a new Machine” zu den Anfängen des RWI-Konjunkturmodells 12/2006
Nr. 58	Ullrich Heilemann / Roland Schuhr / Annika Blaschzik	Zur Evolution des deutschen Konjunkturzyklus 1958 bis 2004 Ergebnisse einer dynamischen Diskriminanzanalyse 01/2007
Nr. 59	Christine Falken / Mario Schmidt	Kameralistik versus Doppik Zur Informationsfunktion des alten und neuen Rechnungswesens der Kommunen Teil I: Einführende und Erläuternde Betrachtungen zum Systemwechsel im kommunalen Rechnungswesen 01/2007
Nr. 60	Christine Falken / Mario Schmidt	Kameralistik versus Doppik Zur Informationsfunktion des alten und neuen Rechnungswesens der Kommunen Teil II Bewertung der Informationsfunktion im Vergleich 01/2007
Nr. 61	Udo Hielscher	Monti della città di firenze Innovative Finanzierungen im Zeitalter Der Medici. Wurzeln der modernen Finanzmärkte 03/2007
Nr. 62	Ullrich Heilemann / Stefan Wappler	Sachsen wächst anders Konjunkturelle, sektorale und regionale Bestimmungsgründe der Entwicklung der Bruttowertschöpfung 1992 bis 2006 07/2007
Nr. 63	Adolf Wagner	Regionalökonomik: Konvergierende oder divergierende Regionalentwicklungen 08/2007
Nr. 64	Ullrich Heilemann / Jens Ulrich	Good bye, Professir Phillips? Zum Wandel der Tariflohdeterminanten in der Bundesrepublik 1952 – 2004 08/2007
Nr. 65	Gunther Schnabl / Franziska Schobert	Monetary Policy Operations of Debtor Central Banks in MENA Countries 10/2007
Nr. 66	Andreas Schäfer / Simone Valente	Habit Formation, Dynastic Altruism, and Population Dynamics 11/2007
Nr. 67	Wolfgang Bernhardt	5 Jahre Deutscher Corporate Governance Kodex Eine Erfolgsgeschichte? 01/2008
Nr. 68	Ullrich Heilemann / Jens Ulrich	Viel Lärm um wenig? Zur Empirie von Lohnformeln in der Bundesrepublik 01/2008
Nr. 69	Christian Groth / Karl-Josef Koch / Thomas M. Steger	When economic growth is less than exponential 02/2008
Nr. 70	Andreas Bohne / Linda Kochmann	Ökonomische Umweltbewertung und endogene Entwicklung peripherer Regionen Synthese einer Methodik und einer Theorie 02/2008
Nr. 71	Andreas Bohne / Linda Kochmann / Jan Slavik / Lenka Slaviková	Deutsch-tschechische Bibliographie Studien der kontingenten Bewertung in Mittel- und Osteuropa 06/2008
Nr. 72	Paul Lehmann / Christoph Schröter-Schlaack	Regulating Land Development with Tradable Permits: What Can We Learn from Air Pollution Control? 08/2008
Nr. 73	Ronald McKinnon / Gunther Schnabl	China's Exchange Rate Impasse and the Weak U.S. Dollar 10/2008
Nr. 74	Wolfgang Bernhardt	Managervergütungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise Rückkehr zu (guter) Ordnung, (klugem) Maß und (vernünftigem) Ziel? 12/2008

Nr. 75	Moritz Schularick / Thomas M. Steger	Financial Integration, Investment, and Economic Growth: Evidence From Two Eras of Financial Globalization 12/2008
Nr. 76	Gunther Schnabl / Stephan Freitag	An Asymmetry Matrix in Global Current Accounts 01/2009
Nr. 77	Christina Ziegler	Testing Predictive Ability of Business Cycle Indicators for the Euro Area 01/2009
Nr. 78	Thomas Lenk / Oliver Rottmann / Florian F. Woitek	Public Corporate Governance in Public Enterprises Transparency in the Face of Divergent Positions of Interest 02/2009
Nr. 79	Thomas Steger / Lucas Bretschger	Globalization, the Volatility of Intermediate Goods Prices, and Economic Growth 02/2009
Nr. 80	Marcela Munoz Escobar / Robert Holländer	Institutional Sustainability of Payment for Watershed Ecosystem Services. Enabling conditions of institutional arrangement in watersheds 04/2009
Nr. 81	Robert Holländer / WU Chunyou / DUAN Ning	Sustainable Development of Industrial Parks 07/2009
Nr. 82	Georg Quaas	Realgrößen und Preisindizes im alten und im neuen VGR-System 10/2009
Nr. 83	Ullrich Heilemann / Hagen Findeis	Empirical Determination of Aggregate Demand and Supply Curves: The Example of the RWI Business Cycle Model 12/2009
Nr. 84	Gunther Schnabl / Andreas Hoffmann	The Theory of Optimum Currency Areas and Growth in Emerging Markets 03/2010
Nr. 85	Georg Quaas	Does the macroeconomic policy of the global economy's leader cause the worldwide asymmetry in current accounts? 03/2010
Nr. 86	Volker Grossmann / Thomas M. Steger / Timo Trimborn	Quantifying Optimal Growth Policy 06/2010
Nr. 87	Wolfgang Bernhardt	Corporate Governance Kodex für Familienunternehmen? Eine Widerrede 06/2010
Nr. 88	Philipp Mandel / Bernd Süsmuth	A Re-Examination of the Role of Gender in Determining Digital Piracy Behavior 07/2010
Nr. 89	Philipp Mandel / Bernd Süsmuth	Size Matters. The Relevance and Hicksian Surplus of Agreeable College Class Size 07/2010
Nr. 90	Thomas Kohstall / Bernd Süsmuth	Cyclic Dynamics of Prevention Spending and Occupational Injuries in Germany: 1886-2009 07/2010
Nr. 91	Martina Padmanabhan	Gender and Institutional Analysis. A Feminist Approach to Economic and Social Norms 08/2010
Nr. 92	Gunther Schnabl / Ansgar Belke	Finanzkrise, globale Liquidität und makroökonomischer Exit 09/2010
Nr. 93	Ullrich Heilemann / Roland Schuhr / Heinz Josef Münch	A "perfect storm"? The present crisis and German crisis patterns 12/2010
Nr. 94	Gunther Schnabl / Holger Zemanek	Die Deutsche Wiedervereinigung und die europäische Schuldenkrise im Lichte der Theorie optimaler Währungsräume 06/2011
Nr. 95	Andreas Hoffmann / Gunther Schnabl	Symmetrische Regeln und asymmetrisches Handeln in der Geld- und Finanzpolitik 07/2011
Nr. 96	Andreas Schäfer / Maik T. Schneider	Endogenous Enforcement of Intellectual Property, North-South Trade, and Growth 08/2011
Nr. 97	Volker Grossmann / Thomas M. Steger / Timo Trimborn	Dynamically Optimal R&D Subsidization 08/2011
Nr. 98	Erik Gawel	Political drivers of and barriers to Public-Private Partnerships: The role of political involvement 09/2011
Nr. 99	André Casajus	Collusion, symmetry, and the Banzhaf value 09/2011
Nr. 100	Frank Hüttner / Marco Sunder	Decomposing R^2 with the Owen value 10/2011
Nr. 101	Volker Grossmann / Thomas M. Steger / Timo Trimborn	The Macroeconomics of TANSTAAFL 11/2011

Nr. 102	Andreas Hoffmann	Determinants of Carry Trades in Central and Eastern Europe 11/2011
Nr. 103	Andreas Hoffmann	Did the Fed and ECB react asymmetrically with respect to asset market developments? 01/2012
Nr. 104	Christina Ziegler	Monetary Policy under Alternative Exchange Rate Regimes in Central and Eastern Europe 02/2012
Nr. 105	José Abad / Axel Löffler / Gunther Schnabl / Holger Zemanek	Fiscal Divergence, Current Account and TARGET2 Imbalances in the EMU 03/2012
Nr. 106	Georg Quaas / Robert Köster	Ein Modell für die Wirtschaftszweige der deutschen Volkswirtschaft: Das "MOGBOT" (Model of Germany's Branches of Trade)
Nr. 107	Andreas Schäfer / Thomas Steger	Journey into the Unknown? Economic Consequences of Factor Market Integration under Increasing Returns to Scale 04/2012
Nr. 108	Andreas Hoffmann / Björn Urbansky	Order, Displacements and Recurring Financial Crises 06/2012
Nr. 109	Finn Marten Körner / Holger Zemanek	On the Brink? Intra-euro area imbalances and the sustainability of foreign debt 07/2012
Nr. 110	André Casajus / Frank Hüttner	Nullifying vs. dummifying players or nullified vs. dummified players: The difference between the equal division value and the equal surplus division value 07/2012
Nr. 111	André Casajus	Solidarity and fair taxation in TU games 07/2012
Nr. 112	Georg Quaas	Ein Nelson-Winter-Modell der deutschen Volkswirtschaft 08/2012
Nr. 113	André Casajus / Frank Hüttner	Null players, solidarity, and the egalitarian Shapley values 08/2012
Nr. 114	André Casajus	The Shapley value without efficiency and additivity 11/2012
Nr. 115	Erik Gawel	Neuordnung der W-Besoldung: Ausgestaltung und verfassungsrechtliche Probleme der Konsumtionsregeln zur Anrechnung von Leistungsbezügen 02/2013
Nr. 116	Volker Grossmann / Andreas Schäfer / Thomas M. Steger	Migration, Capital Formation, and House Prices 02/2013
Nr. 117	Volker Grossmann / Thomas M. Steger	Optimal Growth Policy: the Role of Skill Heterogeneity 03/2013
Nr. 118	Guido Heineck / Bernd Süßmuth	A Different Look at Lenin's Legacy: Social Capital and Risk Taking in the Two Germanies 03/2013
Nr. 119	Andreas Hoffmann	The Euro as a Proxy for the Classical Gold Standard? Government Debt Financing and Political Commitment in Historical Perspective 05/2013
Nr. 120	Andreas Hoffmann / Axel Loeffler	Low Interest Rate Policy and the Use of Reserve Requirements in Emerging Markets 05/2013
Nr. 121	Gunther Schnabl	The Global Move into the Zero Interest Rate and High Debt Trap 07/2013
Nr. 122	Axel Loeffler / Gunther Schnabl / Franziska Schobert	Limits of Monetary Policy Autonomy and Exchange Rate Flexibility by East Asian Central Banks 08/2013
Nr. 123	Burkhard Heer / Bernd Süßmuth	Tax Bracket Creep and its Effects on Income Distribution 08/2013
Nr. 124	Hans Fricke / Bernd Süßmuth	Growth and Volatility of Tax Revenues in Latin America 08/2013
Nr. 125	Ulrich Volz	RMB Internationalisation and Currency Co-operation in East Asia 09/2013
Nr. 126	André Casajus / Helfried Labrenz	A property rights based consolidation approach 02/2014
Nr. 127	Pablo Duarte	The Relationship between GDP and the Size of the Informal Economy: Empirical Evidence for Spain 02/2014
Nr. 128	Erik Gawel	Neuordnung der Professorenbesoldung in Sachsen 03/2014
Nr. 129	Friedrun Quaas	Orthodoxer Mainstream und Heterodoxe Alternativen Eine Analyse der ökonomischen Wissenschaftslandschaft 04/2014
Nr. 130	Gene Callahan / Andreas Hoffmann	The Idea of a Social Cycle 05/2014

Nr. 131	Karl Trela	Klimaanpassung als wirtschaftspolitisches Handlungsfeld 06/2014
Nr. 132	Erik Gawel / Miquel Aguado	Neuregelungen der W-Besoldung auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand 08/2014
Nr. 133	Ulf Papenfuß / Matthias Redlich / Lars Steinhauer	Forschend und engagiert lernen im Public Management: Befunde und Gestaltungsanregungen eines Service Learning Lehrforschungsprojektes 10/2014
Nr. 134	Karl Trela	Political climate adaptation decisions in Germany - shortcomings and applications for decision support systems 11/2014
Nr. 135	Ulf Papenfuß / Lars Steinhauer / Benjamin Friedländer	Beteiligungsberichterstattung der öffentlichen Hand im 13-Länder-Vergleich: Erfordernisse für mehr Transparenz über die Governance und Performance öffentlicher Unternehmen 02/2015
Nr. 136	Gunther Schnabl	Japans Lehren für das Schweizer Wechselkursdilemma 02/2015
Nr. 137	Ulf Papenfuß / Christian Schmidt	Determinants of Manager Pay in German State-Owned Enterprises and International Public Policy Implications: 3-Year Study for Sectors, Performance and Gender 02/2015
Nr. 138	Philipp Mandel / Bernd Süßmuth	Public education, accountability, and yardstick competition in a federal system 05/2015
Nr. 139	Gunther Schnabl	Wege zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Geldpolitik aus österreichischer Perspektive 06/2015
Nr. 140	Ulf Papenfuß / Matthias Redlich / Lars Steinhauer / Benjamin Friedländer	Forschend und engagiert lernen im Public Management: Befunde und Gestaltungsanregungen eines Service Learning Lehrforschungsprojektes – 2. aktualisierte Auflage 08/2015
Nr. 141	Friedrun Quaas / Georg Quaas	Hayeks Überinvestitionstheorie 10/2015
Nr. 142	Bastian Gawellek / Marco Sunder	The German Excellence Initiative and Efficiency Change among Universities, 2001-2011 01/2016
Nr. 143	Benjamin Larin	Bubble-Driven Business Cycles 02/2016
Nr. 144	Friedrun Quaas / Georg Quaas	Effekte des Kapitalmarktzins auf die Preis- und Produktivitätsentwicklung Eine Analyse der deutschen Volkswirtschaft 1970-2014 02/2016
Nr. 145	Thomas Lenk / Matthias Redlich / Philipp Glinka	Nachhaltige Stadtfinanzen - Akzeptanzsteigerung der bürgerschaftlichen Beteiligung an der Haushaltsplanung 02/2016
Nr. 146	Michael von Prollius / Gunther Schnabl	Geldpolitik, Arabellion, Flüchtlingskrise 10/2016
Nr. 147	David Leuwer / Bernd Süßmuth	The Exchange Rate Susceptibility of European Core Industries, 1995-2010 05/2017
Nr. 148	Gunther Schnabl	Monetary Policy and Wandering Overinvestment Cycles in East Asia and Europe 05/2017
Nr. 149	Ullrich Heilemann / Karsten Müller	Wenig Unterschiede – Zur Treffsicherheit internationaler Prognosen und Prognostiker 07/2017
Nr. 150	Gunther Schnabl / Sebastian Müller	Zur Zukunft der Europäischen Union aus ordnungspolitischer Perspektive 10/2017
Nr. 151	Gunther Schnabl	Ultra-lockere Geldpolitiken, Finanzmarktblasen und marktwirtschaftliche Ordnung 10/2017
Nr. 152	Pablo Duarte / Bernd Süßmuth	Implementing an approximate dynamic factor model to nowcast GDP using sensitivity analysis 02/2018
Nr. 153	Sophia Latsos	Real Wage Effects of Japan's Monetary Policy 03/2018
Nr. 154	Gunther Schnabl / Klaus Siemon	Die EU-Insolvenzrichtlinie zu vorinsolvenzlichen Verfahren aus ordnungspolitischer Perspektive The EU Directive on Preventive Restructuring Frameworks from a Ordoliberal Perspective 07/2018
Nr. 155	Marika Behnert / Thomas Bruckner	Cost effects of energy system stability and flexibility options – an integrated optimal power flow modeling approach 09/2018
Nr. 156	Gunther Schnabl	70 Years after the German Currency and Economic Reform: The Monetary, Economic and Political Order in Europe is Disturbed 10/2018
Nr. 157	Wolfgang Bernhardt	Corporate Governance und Compliance Bunte Streiflichter 2018 11/2018

